

www.kpoe-steiermark.at

Steirische Volksstimme



Ausgabe 02, März 2008 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPO**

Wucherpreise ohne Ende Wann kommt Kontrolle?



www.bigshot.at

Um 30 und mehr Prozent ist Lebenswichtiges teurer geworden. Gegenmaßnahmen gefordert. S 6

STAAT DRÜCKT SICH
**Der Nepp mit der
Zusatzpension** Seiten 2/3

283.000 PENDLER
**Wer pendeln muss, ist
arm dran** Seiten 8/9

BETTENMANGEL AM LKH
**Operation verschoben,
Patient tot** Seite 18

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

**Tagtäglich wird eine Familie
durch die Spielsucht ruiniert.**

Fragen Sie jetzt Ihre(n) Abgeordnete(n), was sieler dagegen tut.

<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at/>

DIE PRIVATE PENSIONSVERSICHERUNG: NUR 0,6 PROZENT ZINSEN IN 30 JAHREN!

Der Nepp mit der Zusatz

Der Staat verabschiedet sich nach und nach aus dem öffentlichen Pensionssystem. Als Trostpflaster belohnt er all jene, die privat vorsorgen, mit einer Prämie. Doch bei näherer Betrachtung entpuppt sich die „private Zukunftsvorsorge“ als Spargroschenvernichter mit Ausstiegshürden.

Haben Sie auch schon einen Vertrag über die „prämiengünstige Zukunftsvorsorge“ abgeschlossen? Gratulation! Damit befinden Sie sich in bester Gesellschaft: Bereits jede/r siebente Österreicher/in sorgt auf diese Weise privat vor und entlässt den Staat aus seiner Verantwortung.

Der 9,5-Prozent-Trick

Vielleicht wurden auch Sie von Ihrem Versicherungsberater oder Ihrer Hausbank mit dem Argument zur Unterschrift bewegt, dass man bei einer staatlichen Förderung

von 9,5 % ja gar nichts falsch machen kann. Wo bekommt man schon 9,5 %?

Doch Moment! Hier ist schon der erste – von den Versicherungen durchaus gewünschte – Denkfehler versteckt: 9,5 % Prämie gibt es nur auf die jährlichen Einzahlungen. Umgelegt auf die Mindest-Vertragszeit von 10

Jahren schrumpft der vielversprechende Zinssatz auf klägliche 1,6 % (!!!) zusammen, bei 30jähriger Laufzeit sind es gar nur mehr 0,6 %.

Endlos-Sparschleife

„Knebelungsverträge“ hat die AK derartige Vorsorgeverträge unlängst genannt. Nicht ohne Grund. Denn zehn, bei vielen Anbietern sogar 15 Jahre ist kein Zugriff auf das angesparte Kapital möglich. Und danach? Es wird empfohlen, das Geld gleich weiter in eine Zukunftsvorsorge zu veranlagen oder als Einmalbetrag für

eine Pensionszusatzversicherung zu verwenden.

Wer sich das Geld nämlich in einem Betrag ausbezahlen lässt, muss die Hälfte der Prämie gleich wieder an den Staat zurückzahlen nebst 25 % Kapitalertragssteuer für eventuell erzielte Erträge.

Kapitalmarktspritze statt Zukunftssicherung

Was passiert eigentlich mit dem Geld in all den langen Jahren? Der Gesetzgeber schreibt vor, dass mindestens 40 % der eingesammelten

DASEINSVORSORGE

Der Staat zieht sich zurück

1997. Rot-Schwarz erhöht den Durchrechnungszeitraum auf 18 Jahre und führt Abschläge bei der Frühpension von zwei Prozent ein.

2000. Das frühestmögliche Pensionsalter wird von Schwarz-Blau schrittweise angehoben. Abschläge werden auf drei Prozent pro Jahr erhöht, Abschaffung der Frühpension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit.

2003. Die große Pensionsreform: Die Frühpension wird abgeschafft, Einführung der Hackler-Regelung, Erhöhung der Abschläge auf 4,2 Prozent, Höchstpension erst nach 45 statt bisher nach 40 Jahren. Die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge wird eingeführt. Die Konsequenzen der großen Pensionsreform werden erst bis 2050 endgültig spürbar.

Das Geschäft mit der Zusatzpension boomt. Hauptprofiteure sind die Versicherungen und der Börsenmarkt. Ein abgesichertes Leben im Alter ist damit aber noch nicht garantiert.

BIGSHOT



pension

Gelder in Aktien an kleinkapitalisierten Börsen angelegt werden müssen. Der Zweck dahinter: Man wollte die Wiener Börse unterstützen.

Sicheres Geschäft nur für Versicherungen

Mit wunderschönen bunten Grafiken, die maximale Gewinne versprechen, werden landauf, landab die letzten Zweifel von Menschen beseitigt, die sich Sorgen um ihre Altersvorsorge machen. Was, wenn die Börsenkurse nicht halten, was die Banken versprechen?

Ja, dafür gibt es immer noch die Kapitalgarantie. Doch auch die kostet. Laut Finanzmarktaufsicht muss sich der Wert der österreichischen Aktien mindestens verdoppeln (!), damit die Abschluss- und administrativen Kosten der Versicherungen gedeckt sind. Erst dann kommen die Versicherten dran.

Fazit: Der Staat stiehlt sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Altersvorsorge. Und anstatt den Vorsorgewilligen garantierte Sparzinsen zu zahlen, stützt er mit als Prämien für fleißige Sparer getarnten öffentlichen Geldern die privaten Börsen und treibt die Kurse damit künstlich in die Höhe.

Wenn die Blase platzt

Wohin diese Politik führt, zeigt ein Blick nach Amerika, wo zahlreiche Kleinpensionisten nach gefallen Börsenkursen nun vor den Trümmern ihrer Existenz stehen. Ein Sparbuch hätte da bessere Dienste geleistet.

INFO

Die Prämienzahlung für die staatliche Zukunftsvorsorge wird jährlich neu festgesetzt und liegt zwischen 8,5 und 13,5 Prozent, 2008 sind es 9,5 %.

Mindestbindungsdauer: zehn, bei einigen Anbietern 15 Jahre. Keine staatliche Prämie unter zehn Jahren möglich.

Die Höhe der **monatlichen Rentenauszahlung** richtet sich nach der voraussichtlichen Lebenserwartung. Die Auszahlung in einem Betrag bringt finanzielle Nachteile.

Die gesetzliche Kapitalgarantie kostet durchschnittlich 1 % pro Jahr von der Rendite.



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
 KPÖ-Klubobmann im Landtag

Wem gehört dieses Land?

Tagtäglich bekommen die Bürgerinnen und Bürger es vorgeführt: Der Postenschacher feiert bei uns fröhliche Urständ! SPÖ und ÖVP agieren so, als wäre das gesamte Land Parteieigentum. Bis zur Bildung der großen Koalition durften dabei auch noch FPÖ und BZÖ kräftig mitnaschen, was sie natürlich auch eifrig gemacht haben. Egal, ob es um Spitzenposten in Ministerien, im ORF oder beispielsweise bei den Bildungseinrichtungen bis hin zu den ÖBB geht, ohne entsprechenden Parteischub läuft nichts!

Natürlich dürfen sich die Parteien für ihre „Freundschaftsdienste“ auch entsprechende Gegenleistungen erwarten. Aus dem Bereich der Ministerien können es schon einmal Auskünfte über unliebsame Kontrahenten sein, beim ORF eine wohlgefällige Berichterstattung, ja sogar von Schuldirektoren erhofft

man sich noch Unterstützung beim einen oder anderen Parteianliegen.

Die Rechnung für diese Verfilzung von öffentlichen Ämtern und herrschenden Parteien zahlt letztendlich die Bevölkerung. So lange Transparenz bei Postenvergaben nur in Sonntagsreden vorkommt, wird sich wohl nichts ändern. Dabei hätte es die Bevölkerung in der Hand, auch einmal ein Machtwort zu sprechen. Ein saftiger Denkkettel bei den kommenden Wahlen müsste selbst die eingefleischten Postenschacherer in den diversen Parteizentralen aufwecken!

Ernest Kaltenegger,
 0316 / 877 5104

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
 KPÖ-Ernest Kaltenegger,
 Lagergasse 98a, 8020 Graz,
 Fax 0316/877 5108 oder email:
 volksstimme@kpoe-steiermark.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Kein Wunder, dass SPÖ und ÖVP nichts gegen die 380 kV-Masten machen. Die stehen eben gern unter Strom.

INHALT

Museumsviertel	5
Teures Leben	6/7
Pendlerschicksal	8/9
Problem Lohndumping	9
Sozialservice	10
Martyrium einer Mieterin ...	16/17
Frauen im Nachteil	17
OP verschoben, Patient tot	18
Irre Gagen für Manager	18/19
Mit 157.065 Euro geholfen	19
Leben im Widerstand	20
Anschluss 1937	21
Leser/innen-Forum	23

EMPÖRENDES „STEIERMARK HEUTE“: Propaganda für die Glückspiellobby

Von der Verpflichtung des ORF zur Objektivität scheint man bei „Steiermark heute“ sehr wenig zu halten. Besonders deutlich wird dies seit dem Wechsel des ORF-Landesdirektors.

In der steirischen TV-Nachrichtensendung räumte man unlängst dem ÖVP-Landtagsabgeordneten Kasic, welcher gleichzeitig in der Wirtschaftskammer die Interessen der Geldspielautomatenbetreiber

vertritt, einen ausführlichen PR-Auftritt ein. Kasic erdreistete sich dabei, ein geradezu lächerliches Angebot der Spielautomatenbetreiber für die Betreuung von spielsüchtigen Menschen zu machen. 10 Euro

wolle man freiwillig monatlich pro Geldspielautomaten zahlen. Ein Hohn angesichts der Tatsache, dass die steirischen Automatenbetreiber derzeit um 932 Euro pro Automat weniger Abgabe zahlen als ihre Wiener Kollegen!

Die KPÖ berief umgehend eine Pressekonferenz ein, um über die Tatsachen zu informieren. So zum Beispiel darüber, dass im Landtag bereits ein Antrag auf Erhöhung der Abgabe auf Geldspielautomaten mindestens auf des Wiener Niveau von 1.400 Euro eingebracht wurde. Weil in der Steiermark die Abgabe so niedrig ist, haben wir auch die höchste Zahl an Geldspielautomaten (4.700!) von allen Bundesländern. Würde die Abgabe in der Steiermark so hoch wie in Wien sein, ergäbe dies monatliche Mehreinnahmen von 4,2 Millionen Euro. Stattdessen bietet Kasic lächerliche 10 Euro pro Automat auf

freiwilliger Basis an!

Während Kasic für seine „Großtat“ vom ORF gelobt wurde, hatte „Steiermark heute“ die Pressekonferenz der KPÖ boykottiert. Ein Protestschreiben an Landesdirektor Draxler wurde von diesem nicht einmal beantwortet. Nicht weiter verwunderlich, wenn man feststellt, wie sehr man sich bei „Steiermark heute“ auch sonst bemüht, die Aktivitäten der KPÖ im Landtag totzuschweigen. Offensichtlich sind einigen Verantwortlichen politische Loyalitäten wichtiger als die gesetzliche Verpflichtung zur objektiven Berichterstattung.

Vielleicht sollte man daran erinnern, dass es unter den mehr als 44.000 KPÖ-Wählerinnen und Wählern bei der letzten Landtagswahl auch eine große Zahl gibt, denen man pünktlich die ohnehin sehr üppigen ORF-Gebühren abnimmt.

<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at/>

Geht es nach dem Landtag, werden die Posten von Schuldirektoren alle 6 Jahre neu ausgeschrieben.



Direktoren auf Zeit

Nach sechs Jahren Neu- oder Wiederbestellung für Schuldirektorinnen und -direktoren. Das Land ist dafür, nun muss Bund entscheiden.

KPÖ-Bildungssprecherin Claudia Klimt-Weithaler und Andreas Fabisch, der die KPÖ im Landesschulrat vertritt, haben vorgeschlagen, SchuldirektorInnen in Zukunft auf sechs Jahre zu bestellen. Danach soll die Stelle neu ausgeschrieben werden. Die Wiederwahl soll möglich sein. Dadurch würden die Leistungen der Schulleitung alle sechs Jahre bewertet.

Ein entsprechender Antrag wurde vom Landtag mit den

Stimmen von ÖVP, KPÖ und Grünen beschlossen; nun ist der Bund am Zug. „Auch Bundespräsident und Kanzler sind nicht auf ewig bestellt. Die Bestellung auf Zeit hilft, die politische Postenvergabe aufzubrechen“, meint Andreas Fabisch. Für die Schulen brächte das die Chance, entweder Bewährtes fortzusetzen oder eben dort, wo es nötig ist, für frischen Wind zu sorgen. Gewinner wären das Schulsystem und die Ausbildung der Kinder.

LANDTAGSSITZUNG Kritik an Sozialgesetzgebung

Dem Landtag lag ein erster Zwischenbericht über die Effizienz der Sozialgesetze vor. Darin heißt es unter anderem: „Die Sozialgesetzgebung des Landes und deren Vollzug befriedigt den einschlägigen Bedarf angemessen.“ Werner Murgg (KPÖ) nannte diese Behauptung „angesichts der tatsächlichen Zustände, einen Hohn!“ So habe die KPÖ während der letzten zwei Jahre zahlreiche Beschwerden von Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher gesammelt und Berufungen eingebracht. 32.860 Euro waren diesen Personen vorenthalten worden. Werner

Murgg: „Das ist nur die Spitze des Eisberges. In einigen Bezirkshauptmannschaften werden überhaupt keine Bescheide erlassen und die Antragsteller einfach weggeschickt!“



Museumsviertel in Graz verursacht Folgekosten von mindestens 120 Millionen Euro!

Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschloss der Landtag im Jänner für die Finanzierung des Projekts „Joanneumsviertel-Museumsquadrant“ 38,1 Millionen Euro freizugeben. Die KPÖ stimmte dagegen, weil die Folgekosten ungeklärt sind. Am Areal des Landesmuseums Joanneum wird ein neues Museumsviertel entstehen: Es werden Depotflächen und ein Tiefenspeicher für die Bestände der Landesbibliothek errichtet und die Schauräume adaptiert.

Bereits jetzt geht der Rechnungshof allerdings von tatsächlichen Folgekosten dieses Projektes in der Höhe von 121,3 Millionen Euro aus. Schließlich soll das Projekt von der Landesimmobiliengesellschaft (LIG) als Bauherr über eine Zusatzmiete des Landes über 25 Jahre finanziert werden. Die Zusatzmiete allein macht 78 Millionen Euro aus. Mit Grundmiete und Betriebskosten ergibt sich eine Summe von 120,6 Millionen

Euro. Außerdem fallen jährlich zusätzlich zwei Millionen Euro für die Bespielung und 750.000 Euro für zusätzliches Personal an.

Angesichts dieser Fakten hat die KPÖ im Landtag den Antrag gestellt, die Beschlussfassung über die Finanzierung dieses Projektes bis zum Vorliegen des fertigen Rechnungshofberichtes zurückzustellen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Werner Murgg (KPÖ): „Die KPÖ bekennt sich zur Sanierung des Museums und zur Schaffung ordentlicher Lagerbedingungen für die Bücher der Landesbibliothek. Aber das, was heute beschlossen werden soll, ist eine finanzpolitische Geisterbahnfahrt. Zuerst muss man die tatsächlichen Kosten kennen, dann kann ich allfällige Beschlüsse fassen.“ Werner Murgg regte an, ernsthaft alternative Standorte für die Landesbibliothek zu suchen, um sich die kostenaufwändigen Tiefenspeicher sparen zu können. Dabei sei beispielsweise an das neu adaptierte Landesarchiv zu denken, wo noch Raumreserven für 15 bis 20 Jahre bestünden.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

SO WIRD DAS GELD VERSCHLEUDERT

Die KPÖ hat die Übertragung der Landesimmobilien an eine Landesimmobiliengesellschaft (LIG) abgelehnt. Mit gutem Grund, wie sich dieser Tage wieder einmal zeigte. Das Johann-Joseph-Fux Konservatorium muss dringend saniert werden. Das Gebäude wurde bereits vor Jahren an die LIG veräußert.

Jetzt erhöhen sich die Sanierungskosten um stolze 419.165,11 Euro, da die örtliche Bauaufsicht und das Projektmanagement nun nicht mehr vom Land Steiermark – zum Selbstkostenpreis – wahrgenommen werden können, sondern an die LIG ausgelagert wird.

KOMMENTAR

Joanneum: KPÖ für Kostenwahrheit

VON KPÖ-LABG. WERNER MURGG



Das Landesmuseum Joanneum und die Landesbibliothek müssen dringend renoviert werden. Der zuständige Landesrat Kurt Flecker (SPÖ) will aber ein neues Joanneumsviertel samt dazugehörigem Tiefenspeicher für die Bibliothek errichten. Das kostet deutlich mehr als eine einfache Sanierung. Deshalb wurde der Rechnungshof mit einer Prüfung des Projektes beauftragt.

Der erste Teil des Berichtes kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Das vorgelegte Projekt entspricht nicht den geforderten Kriterien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit! Statt des extrem teuren Tiefenspeichers sollten alternative Standorte für die Bibliothek gesucht werden. Der zweite Teil des Berichtes mit den Soll- und Folgekosten liegt noch gar nicht vor.

Trotzdem legte Landesrat Flecker das Projekt Joanneumsviertel dem Landtag zur Be-

schlussfassung vor. Als Budgetrahmen werden 38,1 Millionen Euro genannt. Tatsächlich ist mit mindestens 120 Millionen zu rechnen, plus jährlicher Mehrkosten von 2,75 Millionen für zusätzliches Personal und die Bespielung.

Andererseits musste der SPÖ-Landesrat erst vom Landtag gezwungen werden, die Museumshilfskräfte, die für Hungerlöhne arbeiten mussten, ordentlich zu bezahlen. Angeblich hatte er zu wenig Budget zur Verfügung. Da soll sich jeder selbst einen Reim darauf machen. Trotzdem hat der Landtag grünes Licht gegeben.

Einzig die KPÖ stimmte dagegen. Wir meinen: Zuerst müssen die tatsächlichen Kosten auf den Tisch, dann ist zu entscheiden, ob das Projekt in der geplanten Form durchgeführt wird. Was SPÖ, ÖVP und Grüne im Landtag gemacht haben, ist eine Brückierung des Rechnungshofes und eine Verhöhnung aller Steuerzahler.

Museumsgebäude Neutorgasse, Eingang, © LMJ, Foto: Nicolas Lackner



Wegen Neuaufstellung ist die Schausammlung des Landesmuseums Joanneum derzeit geschlossen. Zum 200-Jahres-Jubiläum im Jahr 2011 soll alles in neuem Glanz erstrahlen. Dafür will das Land tief in die Tasche greifen. SPÖ, ÖVP und Grüne haben bereits mehr als 38 Mio. Euro freigegeben. Und das, obwohl man jetzt schon weiß, dass mit mehr als 120 Millionen Euro an Folgekosten zu rechnen ist. Für die KPÖ eine finanzielle Geisterbahnfahrt.



Der Preiswucher trifft alle: Egal ob Supermarkt, Tankstelle oder Heizungskosten – durch die Bank haben die Preise im letzten Jahr gewaltig zugelegt. Groß gefeierte Lohn- oder Pensionserhöhungen können das nicht entschärfen. Während Konzerne Geld ohne Ende scheffeln, müssen immer mehr Menschen beim Einkaufen jeden Euro umdrehen. Die KPÖ demonstrierte in der Grazer Herrengasse gegen den Preiswucher und dafür, den vorhandenen Reichtum umzuverteilen.

DER „FREIE MARKT“ MACHT LEBENSMITTEL FÜR VIELE UNERSCHWINGLICH Wer kann sich das noch leisten?

Wer wenig Geld hat, der nagt bald am Hunderttuch. SPÖ und ÖVP wollen enorme Preissteigerungen mit zweifelhaften Mitteln bekämpfen. Amtliche Preisregulierung gefragt denn je.

Österreich bis 1988 gab. Das Festlegen von Höchstpreisen würde der Preistreiberei ein Ende bereiten, so der Vorschlag der KPÖ.

Einer Inflation von 3,6 % steht etwa eine Pensionserhöhung gegenüber, die oft gar keine ist. Mit weniger Geldwert heißt es teurere Lebensmittel kaufen, aber auch mehr für den Sprit (plus 25 % im letzten Jahr), für die Miete (plus 20 %), für das Heizen (Strom, Fernwärme, Erdgas) zu zahlen.

Wie sich das Familien-, Kleinverdiener/innen und Pensionist/inn/en leisten können? Den Entscheidungsträgern in der Bundespolitik scheint das egal zu sein, denn die flüchten sich in wenig hilfreiche Ideen.

Die SPÖ schlug vor, einmalig 100 Euro an alle Kleinver-

diener als einmaligen Ausgleich zu vergeben, kam aber damit – wie so oft – nicht durch.

Amtliche Preisregulierung

Die KPÖ pocht auf eine amtliche Preisregulierung, wie es sie bis 1988 in weiten Bereichen gab. Dann wurde sie zu Gunsten des freien Marktes abgeschafft, der nun die Preisspirale nach oben schraubt.

Die KPÖ ist für Tarifenkungen statt Tarifierhöhungen, für gesetzliche Mietzinsobergrenzen, für eine amtliche Preisregulierung bei Grundnahrungsmitteln und Energie (Heizen, Treibstoff), für einen Inflationsausgleich bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld sowie für eine höhere Lehrlingsentschädigung. Außerdem ist die KPÖ dagegen, Nahrungsmittel für die Treibstoffproduktion zu

verwenden (Biosprit aus Mais) – das macht Lebensmittel knapper und teurer!

„Die Profite der Unternehmen müssen zu den arbeitenden Menschen umverteilt werden“, so Franz St. Parteder, Vorsitzender der steirischen KPÖ, „ebenso wie die in Stiftungen extrem steuerschonend geparkten Vermögen.“

Außertourliche Gehalts- und Pensionserhöhungen, die die Teuerung abdecken sind jetzt notwendig. Die nächste Kollektivvertrags-Runde ist dafür zu spät.



Wer heute Lebensmittel einkauft, zahlt dafür gut ein Viertel mehr als noch vor einem Jahr. Butter und Nudeln plus 31%, Milch plus 20 %, Zwiebeln plus 29%, Erdäpfel plus 15 %, Brot plus 24 % – aus einem 100-Euro- wurde ein 125-Euro-Einkauf. Dazu ist die Inflation (Geldentwertung) so hoch wie noch nie im Euro-Raum. Das Geld wird weniger wert, gleichzeitig ist kein Ende der Preissteigerung abzusehen. Hilfe brächte eine staatliche Preisbindung, wie es sie in

WOHNBEIHILFE: PROBLEME FÜR MIETER

Wer um Wohnbeihilfe ansucht, hat viele Hürden zu überwinden. So ist die zuständige Rechtsabteilung mit der Bearbeitung der Anträge stark in Verzug. Bezugsberechtigte müssen oft monatelang warten, bis sie ihre Beihilfe zugesprochen bekommen.

Um Wohnbeihilfe beziehen zu können, muss der Vermieter auf einem Formular eine „Aufwandsbestätigung“ ausstellen. Es kommt aber immer wieder vor, dass Vermieter die Ausstellung dieses Formulars verweigern und Mieter aus diesem Grund gar nicht um Wohnbeihilfe ansuchen können. Um dieser Praxis einen Riegel vorzuschieben, hat der Landtag auf Antrag der KPÖ der Landesregierung aufgetragen, eine gesetzliche Vorlage auszuarbeiten, um säumige Vermieter mit Sanktionen belegen zu können.

In der Dezembersitzung des Landtages lehnte Landesrat Kurt Flecker (SPÖ) diesen Vorschlag in einer Stellungnahme ab. Ernest Kaltenecker (KPÖ) zu Kurt Flecker: „Sie gehen auf den Auftrag des Landtages in keiner Weise ein! Den Rechtsweg bestreiten bedeutet für die Betroffenen, monatelang auf ihre Wohnbeihilfe warten zu müssen! Viele Mieter werden nicht klagen, weil sie das Geld dazu nicht haben. Ihre Regierungsvorlage ist unakzeptabel!“ KPÖ und Grüne stimmten gegen die Stellungnahme von Flecker.

3 MILLIARDEN EURO FEHLEN

Wohnbau in Gefahr

Ende des Sozialen Wohnbaues in der Steiermark? *Unter diesem Titel beantragte die KPÖ im Landtag die Abhaltung einer „aktuellen Stunde“. Ernest Kaltenecker (KPÖ) erinnerte daran, daß sich die Landesregierung seit 1992 schamlos an den Wohnbauförderungsmitteln bedient habe, um Budgetlöcher zu stopfen. Erst 2007 wurden wieder 111 Millionen Euro aus der Rücklage entnommen.*

Die Steiermark braucht dringend eine Wohnbauoffensive, um die explodierenden Mietpreise in den Griff zu bekommen“, sagt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker. Tatsächlich entwickelt sich der Wohnbau in eine bedenkliche Richtung, wie die Alarmrufe des Obmannes des österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, Karl Wurm, zeigen.

Dieser sagte unlängst, es sei völlig unklar, wie in der Steiermark in fünf Jahren der Wohnbau finanziert werden solle. Denn seit 1992 bedient sich die Politik bei der Wohnbauförderung, um Budgetlöcher zu stopfen. Dem Wohnbau seien auf diese Wei-

se bereits drei Milliarden Euro entzogen worden. Damit hätten 27.000 Wohnungen gebaut werden können. „Damit bestätigen alle Befürchtungen und Warnungen der KPÖ. Zur Deckung des steirischen Landesbudgets wurden Wohnbaumittel abgezogen, die jetzt fehlen. Auch der Verkauf der Wohnbaudarlehen erweist sich als kurzsichtig“, kritisiert Kaltenecker.

Tatsächlich wurden in den Neunzigerjahren noch bis zu 2.740 neue Wohnungen pro Jahr fertig gestellt, 2006 waren es nur noch 1.865. In den Neunzigern gab es außerdem Förderprogramme für bis zu 2.500 Wohneinheiten, derzeit liegt die Steiermark bei 1.400.

MIETPREISE

Für Mietpreise gibt es einen Richtwert (aktueller Stand seit 1. April 2006). Die Steiermark ist dabei eines der teuersten Pflaster in Österreich.

Vorarlberg:	7,01 Euro/m ²
Salzburg:	6,31 Euro/m ²
Steiermark:	6,30 Euro/m²
Tirol:	5,57 Euro/m ²
Kärnten:	5,34 Euro/m ²
OÖ:	4,95 Euro/m ²
NÖ:	4,68 Euro/m ²
Wien:	4,57 Euro/m ²
Burgenland:	4,17 Euro/m ²

Die Folge: Die Nachfrage steigt und damit die Mietkosten. Ein Durchschnittshaushalt muss nun gut 40 Prozent seines Einkommens für eine Mietwohnung zahlen.

Ernest Kaltenecker: „Ohne Zunahme der Wohnbautätigkeit wird es zu einer dramatischen Entwicklung kommen. Wir brauchen eine Zweckbindung der Mittel für den sozialen Wohnbau.“



Viele Wohnbauten werden mit Hilfe der Wohnbauförderung saniert. Wenn diese Möglichkeit genommen wird, droht ein noch stärkerer Anstieg der allgemeinen Mietpreise.

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at

IMMER MEHR MENSCHEN IM STRESS AUF DER TÄGLICHEN FAHRT ZUR ARBEIT

Pendlerschicksal: Ein

Pendeln zu müssen zählt zu den Wesensmerkmalen der steirischen Arbeitswelt. Die tägliche Fahrt zur Arbeit ist angesichts von Ölpreisen auf Rekordniveau aber nicht nur teuer, sondern für die Betroffenen auch ungesund.

VON REINHARD CZAR

Es ist noch finster, als sich Manfred (Name von der Red. geändert) auf einem Parkplatz mit zwei Arbeitskollegen trifft. Die drei haben rund 80 Kilometer Autofahrt vor sich, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Um Kosten zu sparen, haben sie eine Fahrgemeinschaft gebildet und wechseln einander ab: Jede Woche ist ein anderer mit dem Fahren dran. Nach der Arbeit, am Abend, wenn es im Winter auch schon wieder finster ist, geht es noch einmal 80 Kilometer zurück zum Treffpunkt, von wo jeder noch einige Kilometer mit dem eigenen Pkw nach Hause zu fahren hat.

In gewissem Sinne stellen Manfred und seine Kollegen eine Ausnahme dar, in gewissem Sinne auch wieder nicht. Denn als Pendler teilen sie mit fast 300.000 Steirerinnen und Steirern, die ebenfalls pendeln müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen (genau 283.000 im Vorjahr laut Ver-

kehrsklub Österreich, VCÖ), das Schicksal. 85 Prozent davon tun dies mit dem Auto. In Form einer Fahrgemeinschaft allerdings – ebenfalls laut VCÖ – lediglich fünf Prozent. In diesem Sinne stellen Manfred und seine Kollegen die Ausnahme dar.

Immer mehr Pendler

Die Zahl der Pendler steigt ständig. Zwischen den beiden letzten Volkszählungen (1991 und 2001) verzeichnete die Landesstatistik Steiermark eine Zunahme der Pendler um 18,5 Prozent; der VCÖ errechnete für den Zeitraum von 1991 bis 2007 gar ein Pendler-Plus von 47 Prozent. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die ständig steigende Zersiedelung, die man besonders in Graz (Arbeitsplatz) und Graz-Umgebung (Wohnort) gut beobachten kann, ist genauso dafür verantwortlich wie die wirtschaftliche Lage. Wenn Firmen – meistens von ihren Standort-



Staus und verstopfte Straßen auf der Fahrt von und zur Arbeit...

ten in ländlichen Gemeinden – abwandern, bleiben die Beschäftigten zurück. Andere Arbeit gibt es oft nur in weiter Ferne, und die Zumutbarkeitsbestimmungen bezüglich der täglich zurückzulegenden Wegstrecke wurden erst vor kurzem wieder angehoben. Pendeln ist also nicht so sehr ein unabwendbares Schicksal als vielmehr ein von einer verfehlten Regionalpolitik hausgemachtes Problem.

Pendeln ist ungesund

Dass Pendeln nicht gesund ist, zeigt ein Blick ins benachbarte Burgenland, wo ähnlich viele Menschen täglich auf Achse sind wie in der Steiermark. Einer Umfrage der Arbeiterkammer Burgenland zufolge empfinden 40 Prozent (Männer) bzw. 50 Prozent (Frauen) das tägliche Pendeln als Belastung. Bei langen Arbeitswegen von eineinhalb Stunden und mehr machen

sich bereits in der Früh Zeitdruck und Übermüdung bemerkbar. Interessanterweise leiden die Öffi-Benutzer dieser Untersuchung nach besonders unter der Fahrt von und zur Arbeit. Die Palette der Beschwerden reicht von mangelhaften Informationen über Verspätungen bis hin zu verschlossenen WCs, fehlenden Fahrkartenautomaten oder schlechtem Komfort der Züge. Ähnliche Klagen kennt man auch aus der Steiermark. Die Leserbriefe über Unzulänglichkeiten auf der Ostbahn – im Übrigen einer sehr stark frequentierten Pendlerbahn – sind mittlerweile Legion.

Pendeln ist teuer

Inzwischen ist die Ostbahn ja Teil der neu installierten S-Bahn. Dass es sich dabei hauptsächlich um eine Zusammenfassung bereits bestehender Haupt- und Nebenstrecken unter einem gemeinsamen



Alltag für viele Pendler: der tägliche Weg zur Autobahn...

Land auf Achse

Logo handelt, mag ein Schönheitsfehler sein. Ob und wie die S-Bahn zumindest den Pendlern im Großraum Graz Entlastung bringen kann, wird die Zukunft zeigen.

Größtes Problem: „Die S-Bahn endet in Bruck an der Mur. Außerdem stellt sich die Frage, wie das Projekt ohne eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmer weitergeführt werden kann. Die Finanzierung hängt völlig in der Luft“, meint der Leobener

KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg.

Fest steht, dass Pendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln finanziell günstiger ist als mit dem Auto, wo ja gerade in der letzten Zeit die Treibstoffpreise regelrecht explodiert sind und jede Gehaltserhöhung locker auffressen. Überspitzt formuliert: Arbeit entwickelt sich immer mehr zum Luxus, den sich bald nicht mehr jeder leisten kann...



...sowie hohe Spritpreise stellen immer mehr Menschen vor finanzielle Probleme.

BESCHÄFTIGTE IM TRANSPORTGEWERBE UNTER DRUCK

Grenzenloses Lohndumping

Immer größer wird der Konkurrenzdruck unter den LKW-Fahrern. Wer für weniger Geld arbeitet und bereit ist, Ladezeiten als Pausen zu deklarieren, hat den Job. Wer krank wird, riskiert ihn.

Herr F. arbeitet als Berufskraftfahrer bei einer steirischen Spedition. Monatlang schon quälen ihn starke Rückenschmerzen. Mitte November sind die Schmerzen schließlich so stark, dass Herr

F. ins Krankenhaus muss. Anfang Dezember stellt Herr F. zu seinem Schrecken fest: Er ist nicht mehr versichert. Sein Chef hat ihn rückwirkend mit Krankheitsbeginn abgemeldet.

Szenenwechsel: Eine Tankstelle in der Obersteiermark. Ein Sattelschlepper mit tschechischem Kennzeichen fährt zum Tanken. Der Auflieger des Fahrzeuges ist aus Holland, der Fahrer und sein Beifahrer sind Bosnier. Die beiden bekommen 1.700 Euro monatlich, 850 pro Mann und Nase, erzählen sie, etwa die Hälfte dessen, was ein österreichischer Berufskraftfahrer für die gleiche Tätigkeit erhalten würde.

Vor allem im Transport- und Speditionsgewerbe kommt es immer öfter zu Unregelmäßigkeiten. Herr F. erzählt: „Der Stress und Druck auf die Beschäftigten in unserer Branche wird immer größer. Ladezeiten als Ruhezeiten zu deklarieren, ist heute schon selbstverständlich.“ Wer sich weigert, ist seinen Job los, wer krank wird, ebenso!

Die EU-Gesetze (siehe Info) verleiten immer mehr Transportunternehmen da-

INFO

Betraut ein österreichisches Unternehmen einen Subunternehmer in einem anderen EU-Land mit der Auftragsabwicklung, gelten Arbeits- und Umweltrecht am Ort der Niederlassung. **Verstöße gegen** EU-Recht werden lediglich mit einer Verwaltungsstrafe geahndet – ein kalkulierbares Risiko für Großkonzerne.



Lohndumping wird durch die EU in vielen Branchen immer mehr zur Norm. Wo nur die Profite der Unternehmer zählen, bleiben Arbeiter und Angestellte auf der Strecke.

zu, Teile ihrer Fahrzeugflotte nach Osteuropa zu verlagern und dort Niederlassungen zu gründen bzw. Kooperationen einzugehen. So können sie Lohnkosten sparen und Umweltauflagen umgehen.

Die Konsequenzen: Steigende Profite auf der einen Seite, Umweltsünden, Lohndumping auf der anderen. Den Preis für dieses „grenzenlose Europa“ zahlen die Beschäftigten.

RICHTSÄTZE 2008

Wer bekommt wieviel?

Die Mindestpensionen (mit Ausgleichszulagen) betragen im Jahr 2008 brutto:

Alleinstehende: 747 Euro

Familien: 1.120 Euro

Erhöhung der Ausgleichszulage pro Kind: 78,29 Euro

Das Pflegegeld wurde 2008 nicht erhöht. Es beträgt monatlich für

Stufe 1:..... 148,30 Euro

Stufe 2:..... 273,40 Euro

Stufe 3:..... 421,80 Euro

Stufe 4:..... 632,70 Euro

Stufe 5:..... 859,30 Euro

Stufe 6:..... 1.171,70 Euro

Stufe 7:..... 1.562,10 Euro

Die Sozialhilfe-Richtsätze für den Lebensbedarf betragen für

alleinstehende Unterstützte 522 Euro, für Hauptunterstützte oder

Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft 476 Euro, für Mitunterstützte, die mit einem Hauptunterstützten in Haushaltsgemeinschaft leben 318 Euro und für Mitunterstützte, für die Familienbeihilfe bezogen wird, 161 Euro.

Im Juni und im November stehen Sonderzahlungen in der Höhe der Richtsätze zu.

Die Familienbeihilfe beantragt man beim zuständigen Finanzamt. Sie wird nach Alter und nach Anzahl der Kinder gestaffelt ausgebezahlt.

Kinderbetreuungsgeld bekommt man von der zuständigen Krankenkasse.

Variante 1: Monatlich 436 Euro können maximal 36 Monate bezogen werden, wenn die Zeit (30 plus 6 Monate) geteilt wird.

Variante 2: Monatlich 624 Euro gibt es für maximal 24 Monate bei geteilter Zeit (20 plus 4 Monate).

Variante 3: Monatlich 798 Euro bekommt man für maximal 18 Monate, wenn die Karenzzeit mit dem Partner (15 plus 3 Monate) geteilt wird.

DSA Karin Gruber

Herrngasse 16, 8010 Graz

Teil. (0316) 877 5101



Das Finanzamt rückt auch Geld heraus – etwa bei der Arbeitnehmer-Veranlagung. (foto: bigshot)

ARBEITNEHMER / INNEN-VERANLAGUNG

Geld vom Finanzamt

Bis zu fünf Jahre rückwirkend ist der Jahresausgleich möglich. Ihn zu beantragen, ist gar nicht schwer und wird mit barer Münze belohnt.

250 Euro beträgt der durchschnittliche Betrag, den laut AK-Berechnungen 15 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jährlich dem Fiskus überlassen, weil sie auf die Arbeitnehmer-Veranlagung verzichten. Dabei ist es ganz einfach, sich das Geld vom Finanzminister zu holen.

Wann zahlt sich der Antrag aus?

Für all jene, die im abgelaufenen Jahr nicht durchlaufend beschäftigt waren,

AlleinverdienerIn/AlleinerzieherIn sind, Einkommenschwankungen hatten oder so wenig verdient haben, dass sie gar keine Lohnsteuer bezahlt haben, zahlt sich eine Arbeitnehmerveranlagung, früher „Jahresausgleich“ genannt, in jedem Fall aus.

Aber auch Häuslbauer, Pendler und all jene, die nachweislich Unterhalt bezahlt haben, sollten die entsprechenden Kosten geltend machen.

Aufwendungen für private Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung, Nachkauf von Versicherungszeiten und selbst der Kirchenbeitrag können als Sonderausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Gesundheitskosten (z.B. Brillen, Zahnersatz...) sowie Kinderbetreuungskosten

bei Alleinerziehenden stellen außergewöhnliche Belastungen dar. Auch für diese gibt es Steuergutschriften.

Wie und wo stelle ich den Antrag?

Beantragt wird der Jahresausgleich beim Wohnsitzfinanzamt. Sie benötigen dazu das Formular L1 (bei jedem Finanzamt erhältlich sowie zum Herunterladen und Ausdrucken unter www.bmf.gv.at).

Den ausgefüllten und unterschriebenen Antrag geben Sie beim Wohnsitzfinanzamt ab oder schicken Sie eingeschrieben. Belege brauchen nicht beigelegt zu werden, sind aber sieben Jahre lang aufzubewahren.

Also nützen Sie Ihre Chance und holen Sie sich das Geld, das Ihnen zusteht!

WER SOLL DEN PREIS FÜR UMWELTZERSTÖRUNG BEZAHLEN?

Profitwirtschaft gegen Klimaschutz

Die Erwärmung der Erdatmosphäre könnte die Zukunft der Menschheit gefährden. Vor kurzem fand im Landtag eine Tagung zum Thema Klimaschutz statt.

VON LABg. RENATE
PACHER (KPÖ)

Viel wurde in der jüngsten Tagung im Landtag vom Einfluss des Menschen auf das Klima gesprochen.

Natürlich ist jeder einzelne für den Klima- und Umweltschutz mitverantwortlich. Die KPÖ fordert aber auch eine Debatte darüber ein, auf welche Weise und zu welchem Zweck in unserer Gesellschaft Konsumgüter produziert werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist bis auf wenige Ausnahmen das vorherr-

schende Wirtschaftssystem auf unserer Erde. Dabei geht es nicht um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, sondern um das Erreichen von möglichst viel Profit in möglichst kurzer Zeit. Diese Art des Wirtschaftens ist verbunden mit der Ausbeutung von Natur und Menschen – und hat enorme Auswirkungen auf unser Klima.

Raunz nicht, kauf!

Durch psychologisch ausgefeilte Werbestrategien werden Bedürfnisse künstlich geweckt. Schnelllebigere Produkte werden in großen Mengen produziert, Millionen von Transitkilometern in Kauf genommen.

Durch die herrschende Privatisierungs- und Liberalisierungswut wird die ganze Welt zu einem einzigen

Marktplatz, in dem möglichst viele Produkte produziert und verkauft werden müssen, ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt.

Ohne ein Umdenken, ohne einen Umstieg auf nachhaltige Produkte, die nach Möglichkeit in der Region produziert werden, wird die Klimakatastrophe nicht zu verhindern sein.

Wer soll für den Klimaschutz bezahlen?

Die Wirtschaft und die Menschen tragen zur Umweltverschmutzung bei. Aber nur die Wirtschaft zieht auch Profit daraus. Für den größten Teil ihres Energieverbrauchs hat die Bevölkerung keine Alternativen. Wohnen, heizen, sich kleiden oder essen muss der

Mensch. Viele haben auch auf Grund des schlecht ausgebauten und teuren öffentlichen Verkehrs keine Alternative zum Auto.

Hingegen hat die Wirtschaft, und hier vor allem die Großkonzerne, seit Jahrzehnten am Raubbau an der Umwelt verdient. Deshalb ist es für die KPÖ auch keine Frage, dass die Hauptlast für die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen nicht von der breiten Bevölkerung, sondern von den Gewinnen der Wirtschaft getragen werden muss.

Die Frage, ob und wie ein Wirtschaftssystem, bei dem Profit das oberste Prinzip ist, in der Lage ist, den Aufgaben des Klimaschutzes gerecht zu werden, darf bei der Klimadiskussion nicht ausgespart werden!

KLIMASCHUTZ

Vorschläge der KPÖ:

Abkehr von fossilen Energieträgern. Förderung erneuerbarer Energieträger, aber Verbot der Biotreibstoffherstellung aus Nahrungsmitteln.

Rückführung der Energieerzeugung in öffentliches Eigentum.

Ausbau des Öffentlichen Verkehrs – Nahverkehrsabgabe.

Besonderer Schutz für Wälder und Feuchtgebiete.

Förderungen für energieeffizientes Wohnen.

Hauptlast der Kosten für die Klimaschutzmaßnahmen muss die Wirtschaft tragen.

Alternativen zur rein profitorientierten, kapitalistischen Produktionsweise müssen gesucht werden.

Anprangerung von Rüstungsindustrie und Kriegen als große Klimaschädiger.

Foto: www.bigshot.at



Klimawandel? Dann kommt der Schnee eben aus der Kanone. Aber nachdenken sollte man schon darüber.

380-kV-LEITUNG UND DAS KLEINERE ÜBEL

Stromautobahn unterirdisch!

Ein Gutachten zur 380-kV-Leitung in Salzburg nährt die Hoffnungen, dass die Oststeiermark-Leitung unter die Erde kommt. Die Entscheidungsträger lässt das aber kalt.

Burgenland in die Steiermark sind die Rodungsarbeiten im Gang. Die Freileitung soll Mitte 2009 in Betrieb gehen. Die größte Sorge der Strombonzen: „Wenn wir eine Leitung ein-graben, dann bringen wir in ganz Europa keine Freileitung mehr durch“, so AGP-Chef Heinz Kaupa.

Technologisch ist die unterirdische Verlegung von Hochspannungsleitungen kein Problem mehr. Dennoch wird ein Erdkabel für den Stromtransport als Unding hingestellt. Die Verbund-Tochter APG erhielt 2007 nach jahrelangen Anrainerprotesten die Bewilligung, eine 380-kV-Freileitung durch die Oststeiermark errichten zu dürfen. Die Sorgen der Anrainer blieben ungehört.

Nun zeigte eine Studie im Land Salzburg, dass auch eine weniger problematische Erdverkabelung technisch möglich ist. Die Atomstromlobby hält allerdings an der Freileitung fest, auch in Salzburg. Auf 97 km Länge vom

380-kV-Leitung im Landtag

Eine dringliche Anfrage zum Thema 380-kV-Leitung führte im Landtag zu heftigen Diskussionen. Eine kürzlich präsentierte Studie fordert die Landesregierung auf, auch in der Steiermark eine Verkabelung an Stelle der Freileitung durchzusetzen. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) nannte die Steiermark nicht mit Salzburg vergleichbar. Bei uns brauche der Verbund die Leitung zur Versorgungssicherheit. Ein Baustopp sei rechtlich nicht durchsetzbar. Voves: „Aus rechtlicher Sicht besteht keine Möglichkeit, eine Verkabelung durchzusetzen!“ Die ÖVP warf Voves vor, im Wahlkampf die Menschen getäuscht zu haben. Ernst Gödl (ÖVP): „Sie haben gesagt, wenn Sie Landeshauptmann werden, wird es eine Teilverkabelung geben.“ Die ÖVP bekenne sich zur 380-kV-Leitung. Wenn es jedoch neue technische Erkenntnisse gäbe, müsse darauf reagiert werden. Schließlich wurde mit den Stimmen von ÖVP, KPÖ und Grünen ein ÖVP-Antrag angenommen, der die Landesregierung auffordert, dafür zu sorgen, dass auch in der Steiermark eine Teilverkabelung zumindest ernsthaft geprüft wird.

DIE STUDIE

Die Salzburger Studie wurde unter der Führung der KEMA GmbH von einem Team von 13 Mitgliedern ausgearbeitet.

Als grundlegend wurde bewertet, dass die Leitung nicht nur der lokalen Versorgung dient, sondern wie in der Steiermark dem wachsenden Elektrizitätsmarkt und internationalen (Atom)-Stromtransport zu Gute kommen soll.

Das Fazit: Eine teilweise Erdverkabelung ist knapp drei Mal so teuer wie die Freileitung. Dafür sinkt das Konfliktpotenzial in den betroffenen Gemeinden stark. Die Verkabelung entspricht dem Stand der Technik, es gibt internationale Normen.



AKW Zwentendorf: Heuer ist es auch schon wieder 30 Jahre her, dass sich Österreich am 5. Nov. 1978 knapp, aber bestimmt gegen Atomstrom entschied. Durch den EU-Anschluss wird das Atomsperrgesetz aufgeweicht und der Transit und Verbrauch von Atomstrom ermöglicht.

Salzburger Studie belegt: Strommasten müssen nicht sein!

Spielberg – ein Millionengrab

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

„Möglicherweise muss das Land zur Kenntnis nehmen, dass Absichtserklärungen noch lange keine gültigen Verträge sind“, – das haben wir im September in der Volksstimme geschrieben. Leider haben sich unsere Befürchtungen bewahrheitet.

Es ist also passiert: Es gibt keinen positiven Bescheid für eine neue Rennstrecke in Spielberg. Aber die Investoren VW, KTM, Magna und Red Bull sind nicht mehr an diesem Projekt interessiert. Fünf Millionen Euro hat das Land für das Genehmigungsverfahren investiert und so in den Sand gesetzt.

Jetzt zeigt sich, wie verantwortungslos es war, den modernen A1-Ring abzureißen. 2004 ließ ja Red Bull-Chef Dietrich Mateschitz mit dem Segen der damaligen Landesregierung die Bagger auffahren. Renn- und Teststrecken, eine Motorsport-Akademie, Hotel und vieles mehr sollte entstehen. Man sprach damals von 700 Millionen Euro Projektkosten.

Dann kam das böse Erwachen, weil es für dieses große Projekt auf Grund schwerer Verfahrensmängel keine Genehmigung gab. Auch der Militärflughafen wurde nicht für die Flugakademie geöffnet. Allerdings: Die bestehende Rennstrecke war demoliert und damit Millionen an Steuergeldern vernichtet. Das Land baute nun auf Absichtserklärungen von VW, KTM, Magna und Red Bull, die sich für ein verkleinertes Projekt „Spielberg Neu“ stark machten, wenn sie sich nicht selbst um die Genehmigungen kümmern

müssen. Also butterte das Land weitere fünf Millionen Euro in eine Entwicklungsgesellschaft, die im Herbst 2007 die Genehmigungen in der Tasche hatte.

Die „Investoren“ erteilten Spielberg Neu dennoch eine Absage. VW wartete nicht einmal auf den Ausgang des Genehmigungsverfahrens und teilte bereits im Sommer mittels einer simplen Presseaussendung mit, nicht mehr interessiert zu sein. Offensichtlich konnten diese Konzerne ohne Konsequenzen aus dem Projekt aussteigen, weil es die Verantwortlichen verabsäumt haben, verbindliche Verträge abzuschließen. Selbst wenn noch eine Version „Spielberg light“ kommt, hat die Region weniger als vor dem unverantwortlichen Abriss der Rennstrecke.

Die KPÖ wird auf eine Offenlegung der politischen Verantwortung und der Gesamtkosten drängen. Eine diesbezügliche Anfrage ist

an LH Franz Voves, LHStv. Hermann Schützenhöfer und Wirtschafts-Landesrat Christian Buchmann ergangen.



KOMMENTAR

Spielberg – die Hilflosigkeit der Politik

Von KPÖ-LAbg. RENATE PACHER



Das Scheitern des Projektes Spielberg ist ein Lehrbeispiel dafür, was PolitikerInnen bleibt, wenn sie ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand geben: bitten und hoffen.

Die Politik hat Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen: Durch eigene Betriebe im öffentlichen Eigentum oder Finanzierung von Arbeitsmarktprojekten. Der Privatisierungswahn der letzten Jahrzehnte hat diese Möglichkeiten vertan. Durch die Umwandlung Österreichs in ein Steuerparadies für Reiche fehlen die Budgetmittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

So bleibt PolitikerInnen nur bei Konzernen um die Ansiedelung

von Betrieben zu werben und mit Wirtschaftsförderungen zu winken. Im Falle Spielberg war die Landesregierung bereit, eine moderne Rennstrecke abreißen zu lassen und ein neues Veranstaltungsgesetz durch den Landtag zu peitschen. Nach dem Scheitern des ersten Projektes übernahm das Land die Verpflichtung, das neue Projekt selbst zur Genehmigung zu führen. Die bloße Absichtserklärung von Red Bull, Magna, VW und KTM, das Projekt betreiben zu wollen, genügte, um Steuermittel fließen zu lassen. Kostenpunkt: fünf Millionen Euro. Eine Summe, die für die Gründung eines kleineren Betriebes in Landeseigentum ausreicht.

Nun sind die Konzerne plötz-

lich nicht mehr am

Projekt interessiert. SPÖ und ÖVP zeigten sich maßlos enttäuscht und hoffen, dass Red Bull und KTM doch noch eine kleinere Version „Spielberg light“ verwirklichen.

PolitikerInnen haben nicht die Aufgabe, in VIP-Zelten gutes Wetter zu machen. Sie haben die Aufgabe, selbst zu gestalten. Durch den Wiederaufbau eines öffentlichen Sektors und durch eine Besteuerung von Gewinn und Vermögen und Verwendung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Sonst machen sie sich selbst zu gut bezahlten Bittstellern.

In Kürze

Friedhofsgebühren um 500 % erhöht

Voitsberg. Für eine Grabstelle am Urnenfriedhof Voitsberg bezahlte man 1998 1.000,- Schilling (72,67 Euro) für 10 Jahre. 2008 zahlt man für dieselbe Grabstätte 436,- Euro! Seit 1956 sei keine Gebührenerhöhung mehr vorgenommen worden, hieß es bei der Bestattung Voitsberg. Außerdem handle es sich um einen Gemeinderatsbeschluss. Pikant: 72,67 Euro beträgt jetzt die im Betrag enthaltene Mehrwertsteuer!

Der Schmäh von der billigeren Müllabfuhr

Mit der Gründung der „Weststeirischen Saubermacher GmbH“, an der die weststeirischen Gemeinden und der bekannte Müllmulti „Saubermacher“ zu je 50 % beteiligt sind, sollte die Entsorgung viel besser und billiger werden. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Das Abfuhrintervall wurde verdoppelt, die Müllgebühren wurden sogar erhöht!

Kanalgebühren erhöht

Bärnbach. Der Gemeinderat von Bärnbach hat eine Erhöhung der Abwassergebühren von 2,03 Euro im Vorjahr auf 2,50 Euro pro Kubikmeter beschlossen. Begründung: die Gemeinde sei verpflichtet, kostendeckende Gebühren einzuheben. Unglaublich, dass diese Kosten innerhalb eines Jahres um satte 23% gestiegen sein sollen!

Grausliche „Gstätt“

Voitsberg. Im Vorjahr mussten die **Kleingärtner** ihre Anlagen zwischen dem Krankenhaus Voitsberg und dem Bahndamm der GKB unverzüglich aufgeben – ersatzlos. Das Krankenhaus benötige die Flächen dringend für die Erweiterung seiner Erholungsflächen, hieß es. Bisher ist nichts geschehen, das Gelände eine „Gstätt“.

Nepp mit Pensionserhöhung

Preisanstiege fressen Pensionserhöhungen: Bis zu 2.000 Euro weniger Pension seit 2000.

VON ALFRED FROSCHAUER

Als den Pensionistinnen und Pensionisten im Jänner die Pensionshöhe für 2008 mitgeteilt wurde, war die Empörung groß. Viele hatten diesmal den Politikern geglaubt. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer hatte ja allen Pensionisten versprochen, dass 2008 die Pensionen kräftig angehoben werden.

Die sogenannten Experten wie Marin, Tomandl usw. meinten hingegen, die „enorme“ Erhöhung sei nicht ver-

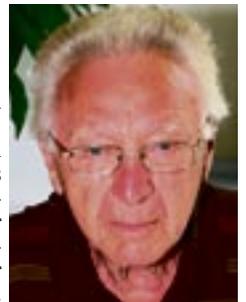
kraftbar. Bernhard Felderer, Präsident des Staatsschuldenausschusses, sagte sogar, dass durch diese Pensionserhöhung die Lohnsteuerreform im Jahre 2010 gefährdet sei.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Allein stehende Pensionisten mit Ausgleichzulage erhielten eine Erhöhung von 2,9% (18,90 Euro netto). Viele Paare, die zusammen gerade über dem Familienrichtsatz von 1.120 Euro liegen, erhalten nur eine Handvoll Euro mehr. Bei 1.200 Euro bleiben 12,50, bei 1.700 Euro gerade einmal 16,84 Euro mehr im Börsel. Im Gegenzug wurde der Krankenkassenbeitrag für Pensionisten von 3,75% auf

5,1% erhöht!

Der Zentralverband der Pensionisten weist seit Jahren darauf hin, dass die Pensionen den Preiserhöhungen nachhinken. Viele Pensionen stiegen von 2000 bis heute um 5%, während laut Statistik Austria die Preise um ca. 15% gestiegen sind. Das entspricht einer Pensionskürzung zwischen 1.000 und 2.000 Euro!

Alfred Froschauer, Obmann des Zentralverbandes der Pensionisten in der Steiermark.



UNFALLVERSICHERUNG FÜR BAUERN ?

Versicherung zahlte nicht

Versicherungspflicht ja, Versicherungsschutz nein. Diese bittere Erfahrung machte ein Landwirt aus Rannersdorf.

Der Nebenerwerbslandwirt Josef Wurzer wollte die Wasserversorgung für seine Hühner und Hasen reparieren. Dabei stürzte er so unglücklich, dass er sich zwei Sehnenrisse und einen zweifachen Unterschenkelbruch zuzog. Nach dem Krankenhausaufenthalt wendete er sich an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern, um seine Ansprüche aus seiner Unfallversicherung geltend zu machen. Aber diese winkte ab: Als Nebenerwerbslandwirt, der sein Einkommen überwiegend aus einer ASVG-Pension beziehe, habe er keinen Anspruch auf eine Versicherungsleistung, hieß es.

Bereits ab einem Einheitswert von 150 Euro müssen Landwirte laut Bundesgesetz für eine Unfallversicherung zahlen. Dass man von so klei-

nen Landwirtschaften allein nicht leben kann und ein zusätzliches Einkommen braucht, versteht sich von selbst. Die Versicherung hebt die Beiträge ein, passiert aber ein Unfall, ist

es ein „Haushaltsunfall“ und ein Zusammenhang mit der Landwirtschaft nicht nachweisbar. Herr Wurzer – und alle anderen Nebenerwerbslandwirte – müssen weiter 160 Euro jährlich an die Unfallversicherung bezahlen: faktisch ohne Chance, eine Versicherungsleistung zu erhalten.



Versicherung zahlt trotz zweifachen Bruches nicht!

PARTNER/IN VERDIENT „ZU VIEL“ Notstandshilfe wird vorenthalten

Erlischt der Anspruch auf Arbeitslosengeld, bleibt immer noch die Notstandshilfe – das gilt aber nicht für alle.

Denn bei der Berechnung der Notstandshilfe, die 95% des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes beträgt, spielt das Partnereinkommen eine Rolle: Sobald der Partner/die Partnerin mehr als 465,- Euro monatlich verdient, wird die Notstandshilfe um den darüber hinausgehenden Betrag gekürzt. In diesem Falle werden nicht nur Ehen gezählt, sondern auch ansonsten vom Staat nicht anerkannte Partnerschaften.

Vor allem bei Frauen, die oft weniger verdienen als ihr

Partner, hat dies häufig den restlosen Wegfall der Notstandshilfe zur Folge. Diese Vorgangsweise wirkt sich aber nicht nur auf das laufende Einkommen, sondern sogar noch auf die Pension aus: Denn mit Wegfall des Anspruches auf Notstandshilfe gehen auch Pensionsversicherungszeiten verloren. Und es entfällt die Krankenversicherung. Dies ist für die Betroffenen eine schlimme Benachteiligung.

Nur die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe – bereits seit Jahren eine Forderung der KPÖ – kann hier Gerechtigkeit bringen.

Ein krasser Fall von Ungleichbehandlung: In Partnerschaften droht der Verlust der Notstandshilfe.



foto: begsteiger

WOHNBEIHILFE-CHAOS

Umgang mit Betroffenen unerträglich

Seit Einführung der „Wohnbeihilfe Neu“ unter Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker (SP) müssen Betroffene monatelange Wartezeiten auf sich nehmen. Das führt in oft zu Krisen, weil Anspruchsberechtigte in der Zwischenzeit oft größte Schwierigkeiten haben, ihre Miete zu zahlen. Diese Probleme, die bis zur Delogierung führen können, sind seit Monaten bekannt.

Die KPÖ hat die Landesregierung aufgefordert, die Missstände zu beheben. Bisher ohne Erfolg. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Es ist unerträglich, wie mit den Menschen umgegangen wird, viele laufen Gefahr, aufgrund der Verzögerungen ihre Wohnung zu verlieren. Wir haben letzten Oktober Lösungen vorgeschlagen, bis heute gibt es aber nicht einmal eine Stellungnahme der Regierung.“

KOMMENTAR

Eine Schande für den Sozialstaat

KPÖ-LAbg. CLAUDIA KLIMT-WEITHALER



Viele Menschen, die in die Sozialsprechstunden kommen, berichten uns immer wieder von Problemen mit Ämtern und Behörden. Es ist häufig der Fall, dass sie, wenn sie z.B. um Sozialhilfe ansuchen, entweder „abgewimmelt“ werden oder falsche bzw. gar keine Informationen über ihre Rechtslage bekommen. Leider stehen in manchen Bezirken der Steiermark auch Demütigungen der AntragstellerInnen an der Tagesordnung. Sätze wie „Gehen sie doch endlich einmal arbeiten!“ sind keine Seltenheit. Menschen, die in die Situation kommen, um Sozialhilfe ansuchen zu müssen, weil sie nicht mehr wissen, wovon sie leben sollen, haben es schwer genug. Sie brauchen kompetente Beratung und Hilfe und keine „Zurechtweisungen“.

Wir haben im Landtag schon mehrmals auf diese Missstände hingewiesen und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Leider wurde bisher von Seiten der Landesregierung nichts unternommen,

um die unwürdigen Zustände auszuräumen. Unsere Vorschläge, wie z.B. die Installation einer unabhängigen Sozialhilfeanwaltschaft, sind unberücksichtigt geblieben. Dargelegte Fallbeispiele wurden vom zuständigen Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker (SPÖ) als „Einzelfälle“ abgetan, eine Sozialhilfeanwaltschaft ist seiner Meinung nach nicht notwendig.

Die Studie der Armutskonferenz „Sozialhilfevollzug in Österreich“, die Anfang Februar veröffentlicht wurde, bringt für die Steiermark katastrophale Ergebnisse ans Tageslicht und belegt eindrucksvoll, dass die Kritik der KPÖ voll und ganz berechtigt ist.

Aus diesem Grund werden wir in der kommenden Landtagssitzung eine dringliche Anfrage an den Soziallandesrat richten, bei der wir ihm zur steirischen Sozialhilfe-Misere dreizehn Fragen stellen. Es muss endlich etwas passieren, denn die derzeitige Situation ist in Wahrheit eine Schande für einen Sozialstaat!

Strombonus: Ansuchen stellen!

Voraussichtlich von 12. März bis Juli 2008 kann um den 70 Euro-Strombonus des Landes angesucht werden. Derzeit schaut es so aus, als wolle die ÖVP in der Landesregierung den Auszahlungstermin verzögern.

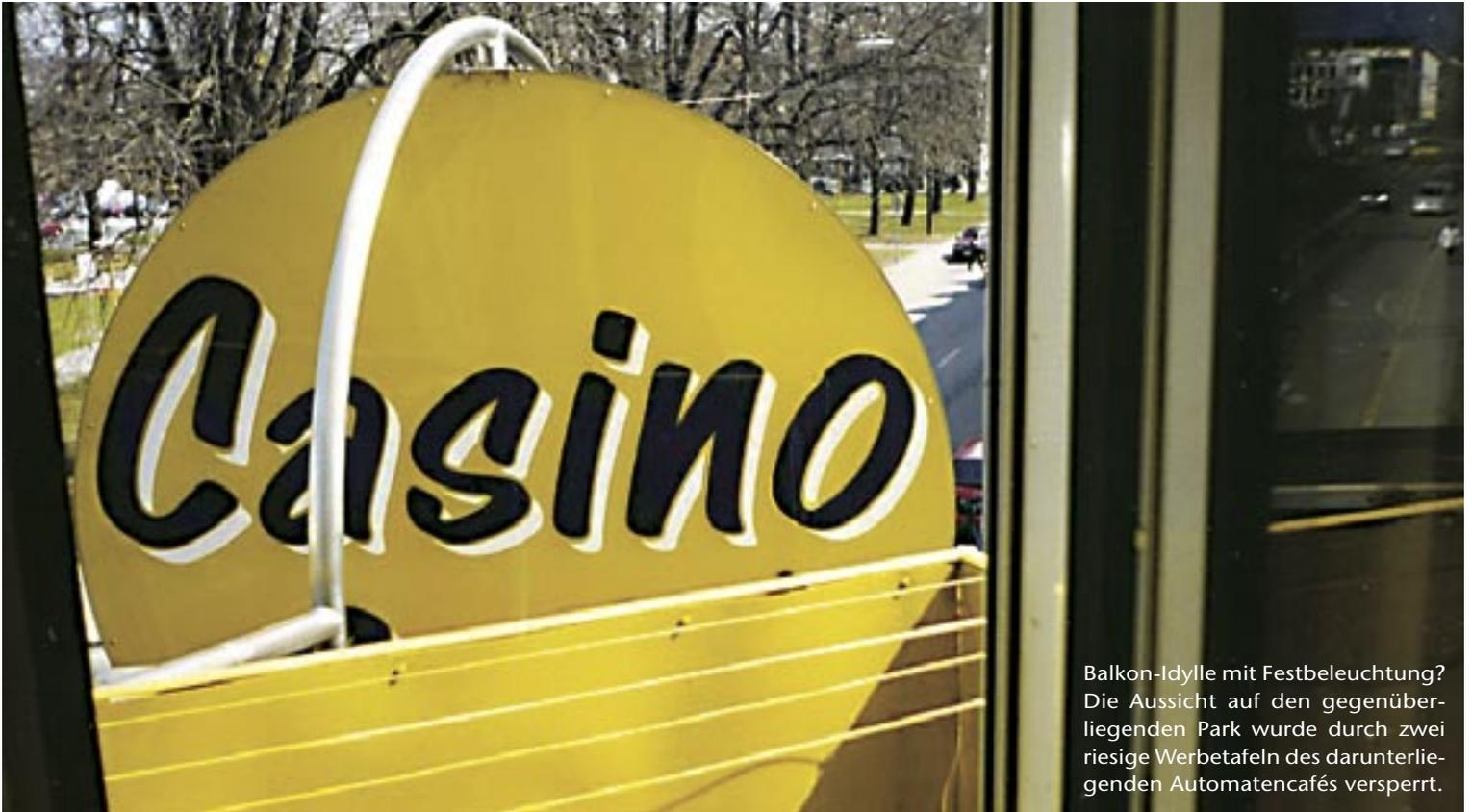
Ansuchen müssen in der jeweiligen Wohnsitzgemeinde gestellt werden. Jeder steirische Haushalt bis zu einem bestimmten Haushaltseinkommen kann den Bonus beantragen. Es ist nicht Voraussetzung, Kunde der Energie Steiermark zu sein.

Es gelten folgende Einkommensgrenzen (alle Einkommen verstehen sich netto ohne 13. und 14. Gehalt):

Einpersonen-Haushalte bis max. 1.200 Euro,

Mehrpersonen-Haushalte bis max. 2.000 Euro,

Haushalte mit vier und mehr Kindern ohne Einkommenslimit.



Balkon-Idylle mit Festbeleuchtung? Die Aussicht auf den gegenüberliegenden Park wurde durch zwei riesige Werbetafeln des darunterliegenden Automatencafés versperrt.

WOHNEN ÜBER DEM WETTCAFE

Martyrium einer Mieterin

Zehn Jahre Schikanen durch Wettcafé-Betreiber. Eine Grazer Mieterin gab trotzdem nicht auf.

Es beginnt im Jahr 1998. Die Grazer Mieterin Theresia Gratzl traut ihren Augen nicht, als Monteure im Auftrag des darunterliegenden Wettcafé-Betreibers sich mit Hilfe einer Hebebühne unbefugterweise auf ihren Balkon begeben und dort eine riesige, blinkende Leuchtreklame anbringen.

Frau Gratzl bringt eine Besitzstörungsklage gegen den Betreiber des Wettcafés, Herrn R., ein. Der Prozess dauert eineinhalb Jahre. Schließlich muss der Glücksspielbetreiber die Tafel abmontieren und wird zur Zahlung der Prozesskosten verurteilt.

Im März 2005 wird abermals widerrechtlich eine großflächige, leuchtende Glücks-

spiel-Reklame an Frau Gratzls Balkongeländer angebracht. Frau Gratzl erwirkt einen Gerichtsbeschluss auf Unterlassung. Als nichts geschieht, beauftragt sie mit gerichtlicher

Erlaubnis eine Firma mit der Demontage der Reklame-tafel.

Der ursprüngliche Betreiber des Wettcafés ist zwischenzeitlich in Konkurs

gegangen, zieht aber nach wie vor die Fäden. Das Wettcafé betreibt nun offiziell Frau K., seine Lebensgefährtin. Einen Monat später: Die Automatenbetreiber hängen die Tafel wieder auf und verklagen Frau Gratzl auf die Zahlung von rund 5.000,- Euro. Sie soll die Reklame unsachgemäß demontiert und dabei beschä-

digt haben. Die Klage wird abgewiesen, auch in zweiter Instanz. Bis zur neuerlichen Demontage der Leuchtreklame dauert es bis Sommer 2006.

Bald darauf kommt es im

Haus von Frau Gratzl zu mehreren Zwischenfällen. Offensichtlich will man sie aus ihrer Wohnung vertreiben. So wird unter anderem mehrmals ihr Wohnungstürschloss

verklebt. Doch Frau Gratzl kann den Täter, Herrn R., mit Hilfe der Polizei auf frischer Tat ertappen. Gegen Frau K. spricht das Gericht unter Androhung einer hohen Geldstrafe schließlich das Verbot aus, Frau Gratzl noch einmal zu belästigen.

Frau Gratzl hat sich gegen die Schikanen des Automa-

tenbetreibers gewehrt – mit Erfolg. „Ich rate jedem, der in meine Situation kommt: nicht aufgeben! Beweise sammeln, Fotos machen, an die Öffentlichkeit gehen, damit am Ende die Gerechtigkeit siegt“, sagt sie. Einziger Wermutstropfen: Herr R. schuldet ihr bis heute 3.500,- Euro. Das Geld ist vorläufig uneinbringlich.

MÄCHTIGE FEINDE

Wer gesetzliche Regelungen beim Glücksspiel erreichen will, macht sich mächtige Feinde. Kein Wunder, für die Betreiber ist das Glücksspiel wie eine Lizenz zum Gelddrucken. Sie haben auch kräftigen politischen Rückhalt: Ex-Politiker wie Androsch, Schlögl (SPÖ) und Burgstaller (ÖVP) zählen ebenso dazu wie ÖVP-Minister Hahn (früher bei Novomatic) oder BZÖ-Westenthaler, der sich für noch mehr Freiheit fürs Glücksspiel starkmacht.

„Das Unrecht muss man bekämpfen. Nicht zu Hause sitzen und weinen, sondern an die Öffentlichkeit gehen!“ (Theresia Gratzl, Mieterin)

E-MAIL AKTION

11.249 Steirerinnen und Steirer haben mit ihrer Unterschrift Maßnahmen gegen das „Geschäft mit Glücksspiel“ gefordert. Leider trauen sich die Landespolitiker keine energischen Maßnahmen zu. Stellen Sie mit uns folgende kritische Fragen und senden Sie sie unter <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at> ab.

Fragen an die Abgeordneten:

1. Wissen Sie, dass das Gesetz zum „Kleinen Glücksspiel“, welches einen maximalen Einsatz von 50 Cent pro Spiel vorschreibt, in der Praxis ignoriert wird?

2. Sind Sie dafür, dass Geldspielautomaten nur noch mit Münzen und nicht mehr mit Geldscheinen beschickt werden dürfen?

3. Sind Sie dafür, dass zum Schutz der Spieler eine Mindestdauer von 20 Sekunden pro Spiel vorgeschrieben wird, um zu verhindern, dass innerhalb einer Minute 100 Euro verspielt werden können, wie das bisher der Fall ist?

4. Welche Maßnahmen schlagen Sie im Interesse des Jugendschutzes vor, um Minderjährige vor der Spielsucht zu bewahren?

5. Sind Sie für eine massive Besteuerung von Geldspielautomaten?

6. Sind Sie für eine Standortabgabe für Wettcafés?

7. Sind Sie für ein Verbot von Zahlungen mit Kreditkarte für Glücksspiele im Internet?

8. Haben Sie Nebeneinkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder Beteiligungen an Firmen, die mit dem Glücksspiel zu tun haben?

9. Wie stehen Sie zu einem Werbeverbot für Glücksspiele?

<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at/>

PENSION FÜR SCHWERARBEITERINNEN?

Für Frauen eine Regelung, die das Papier nicht wert ist

VON ULI TABERHOFER

Schwere Arbeit, etwa in Pflegeberufen, zählt nicht – Frauen haben fast keine Chance auf eine Schwerarbeitspension.

Seit 2007 gibt es die Schwerarbeitspension. Seit der Abschaffung der Frühpension gilt sie als Ausnahme für Menschen, die lange gearbeitet haben, um früher in Pension gehen zu können. Das klingt gut. Bei näherer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, dass Frauen, die Schwerarbeit leisten, davon nichts haben.

Es beginnt damit, dass in der Schwerarbeit-Liste Tätigkeitsbereiche von Frauen kaum vorkommen. Das verdeutlicht, dass bei der Bewer-

tung von Arbeit transparente, objektive Kriterien keine Rolle spielen, sondern Vorurteile. Schwere Arbeit wird Männern zugeschrieben, während die traditionelle Frauenarbeit als leicht gilt.

Dieser Logik entsprechend ist es somit „schwerer“, einen Presslufthammer zu bedienen als Menschen, „schwerer“, Steine zu heben als PatientInnen. Als fast nur Männerberufe als „Schwerarbeit“ auf der Liste standen, wurde sie, um Frauen überhaupt vorkommen zu lassen, um die Pflegeberufe erweitert. Trotzdem sind auch diese Frauen von der Schwerarbeitspension ausgegrenzt, denn ihr Regel-pensionsalter beträgt 60 Jahre. Voraussetzung für die Schwerarbeitspension, die eine frühere Pensionierung ermöglichen soll, ist aber, dass man 60 Jahre alt ist, 45 Versicherungsjahre aufweisen kann und in den letzten 20 Jahren 120 Monate Schwerarbeit geleistet hat.

Frau L.T. (Name der Red. bekannt) hat die Unzulänglichkeiten am eigenen Leib erfahren. Sie hat ihre Pensionsversicherungsanstalt um Auskunft gebeten. Sie meinte, dass sie als langjährige Pflegehelferin im LKH anspruchsberechtigt sei, denn „berufsbedingte Pflege von erkrankten oder behinderten Menschen mit besonderem Behandlungs- oder Pflegebedarf“ gilt als Schwerarbeit. Sie bekam die Mitteilung, dass die Möglichkeit einer früheren Pensionierung aufgrund von Schwerarbeit für sie nicht besteht. Da sie das nicht glauben konnte, holte sie weitere Infos ein. Doch überall erklärte man ihr, krankheitsbedingt könnte sie gehen, aber nicht aufgrund ihrer Schwerarbeit. Dass sie dann aber finanziell nicht mehr über die Runden kommen wird, interessiert niemanden. Sie weiß jetzt, dass die Schwerarbeitspension für sie eine Regelung auf dem Papier ist.

SCHWERARBEIT

2007 gingen nur etwa 500 Personen in Schwerarbeitspension. Das ist nicht einmal ein halbes Prozent der etwa 120.000 Menschen, die letztes Jahr in Pension gegangen sind.



Pflege: Nicht als Schwerarbeit anerkannt

BIGSHOT

WARTEN AM LKH

Operation verschoben – Patient starb

Geplatze OP-Termine kosteten einen Weststeirer das Leben. KPÖ-Vorstoß für Besserung.

Hunderte stehen auf Wartelisten für Untersuchungen, Behandlungen oder Operationen in den Landeskrankenhäusern. Das ist eine Belastung für PatientInnen und Angehörige und kann tödliche Folgen haben, wie das Schicksal der weststeirischen Familie R. zeigt. „Leider ist uns das Problem mit den langen Wartezeiten nur zu gut bekannt“, erzählt Frau R., „nach der Feststellung, dass der Gehirntumor meines Mannes wieder aktiv war, hatten wir einen Termin im LKH-Graz am 27. Februar 2007. Da wurde mit einem Professor die Operation plus Gamma-Knife-Behandlung beschlossen. Termin: 19. März“. Da war die Welt noch in Ordnung.

Einmal verschoben

Dann kam der besagte Tag. „Aber im Spital wurde der Termin kurzfristig abgesagt und auf 26.3.2007 verschoben!“ An diesem Tag wurde Herr R. dann auch aufgenommen und untersucht. Aber bei der Visite am Nachmittag wurde entschieden, dass keine OP stattfinden solle, sondern nur die Gamma-Knife-Behandlung – allerdings später.

Zweimal verschoben

„Mein Mann wurde wieder nach Hause geschickt. Den nächsten Termin hatten wir am 7. Mai“, sagt Frau R. Da fand der Gamma-Knife-Eingriff auch statt. Allerdings stellte sich heraus, dass der Tumor dafür inzwischen zu groß war.

Dreimal verschoben

Es gab einen neuen OP-

Termin am 24. Juli, der an besagtem Tag wieder kurzfristig abgesagt und auf 30. Juli verschoben wurde. Tatsächlich wurde am 2. August operiert. „Die OP war schwierig, es gab Probleme, weil vorher bestrahlt wurde“, meint Frau R. Ihr Mann starb am 12. August. Zurück bleiben zwei Kinder (9 und 13), Frau R. und die Frage, warum Operationstermine nicht eingehalten werden. Nicht einmal dann, wenn es um Leben oder Tod geht.

Eine dringliche Anfrage der KPÖ zu diesen Missständen wurde von Spitalslandesrat Helmut Hirt als nicht stichhaltig abgetan: Die Probleme seien ganz normal.



Problem: Zu wenig Operationskapazität am LKH

BIGSHOT (2)

DREI MILLIONEN EURO PRO JAHR

Irre Gagen für Österreichs



Viele Manager bekommen zuviel Geld für wenig Arbeit.

Geld stinkt nicht – schon gar nicht für die Spitzenmanager in Österreich. Die verdienen pro Jahr mehr als Otto Normalverbraucher in zwei Leben.

Wie die Armut wächst auch das Geld der Spitzenmanager in Österreich. Knapp drei Millionen Euro verdient Österreichs Spitzenverdiener, Erste Bank-Chef Andreas Treichl, pro Jahr. Ihm folgen mit 2,2 Millionen Telekom-Chef Boris Nemsic und Andritz-Mann Wolfgang Leitner. Zwei Millionen pro Jahr kassiert OMV-General Wolfgang Ruttensdorfer für die Treibstoffpreise.

Besonders grotesk ist die

Situation bei Post und Bahn. Post-Chef Anton Wais casht 625.000 Euro pro Jahr ab – dafür, dass er das Quelle-Paketgeschäft verloren hat, 1.700 Jobs abbaut und 1.000 Postfilialen geschlossen hat.

Bei der Bahn gibt es seit der vorherigen ÖVP/FPÖ/BZÖ-Bundesregierung 15 Hauptlinge mit einem Einkommen zwischen 322.500 und 553.000 Euro pro Jahr; Parteifreunde wollen versorgt werden. Allein: Die Bahn-Manager haben 2007 60 Millionen Euro Steuergeld bei hoch riskanten Börsengeschäften verzoockt. Ohne Konsequenzen.

Das ist alles zuviel, meinen Sie? Dann dürfen Sie gar nicht an Porsche-Boss Wendelin Wiedeking denken. Der bekommt



Rasche Hilfe in Notlagen: KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare verwenden den Großteil ihrer Einkommen für den Sozialfonds. Im Bild: Die KPÖ-Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis sowie Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger. Zum Jahresende wurde – wie jedes Jahr – die korrekte Verwendung der Gelder offengelegt.

PLATTFORM
Volxabstimmung
www.volxabstimmung.at
 über den EU-„Reform“ Vertrag

Manager

„Über die Dimensionen kann man nur noch den Kopf schütteln“

60 Millionen Euro pro Jahr. Da sagt sogar Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl: „In anderen Ländern kann man über die Dimensionen nur noch den Kopf schütteln.“

Obwohl, Herr Leitl, das kann man auch bei uns. Der Durchschnittsösterreicher mit seinen 2.000 Euro pro Monat müsste 107 Jahre arbeiten, um das zu verdienen, was Erste Bank-Chef Treichl in einem Jahr einstreift. Moralisch richtig ist etwas anderes.

Da ist es auch kein Wun-

der, wenn die Kritik an den Bezügen steigt. „Ob die Tugend ‚Maß halten‘ bei den Managergehältern gilt, kann hinterfragt werden“, so der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn im „Trend“.

Eine Patentlösung für dermaßen ungerechte Verhältnisse gibt es nicht. Umfragen zufolge meinen 75 % der Manager, dass das 30-Fache des Mindestlohns als Maximalbezug für Manager angemessen sei, so „attac“-Mann Christian Felber. Gesetzlich durchsetzbar ist das kaum. Das wäre allerdings die von der KPÖ geforderte Besteuerung der Stiftungen, in denen die Reichsten gern ihr Geld parken – für eine gerechte Umverteilung.

KPÖ-SOZIALFONDS

Hilfe in der Not

Ein Großteil der KPÖ-Politbezüge geht an Menschen, die in finanzielle Not geraten sind. 2007 waren das 157.065 Euro.

Die KPÖ-Abgeordneten behalten rund 1.900 Euro für sich. Der Rest der Bezüge geht in den Sozialfonds, der Menschen zu Gute kommt, die in Not geraten sind. 2007 haben die Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger, Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher sowie die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis 157.065 Euro in für in Not geratene Menschen zur Verfügung gestellt.

Die größten Brocken waren im letzten Jahr Zuschüsse für Mieten und Kautionen, Stromrechnungen sowie Lebensmittelgutscheine. Weitere

Hilfe gab es auch für medizinische Kosten, Fahrtspesen, Kindergartengebühren, Ferienaktionen, Rechtshilfe, Begräbnis- und Übersiedlungskosten. Besonders, wenn es um Dinge für Kinder geht, fehle immer öfter das Geld, hat die Grazer Stadträtin Elke Kahr zuletzt festgestellt.

Seit dem Einzug von Ernest Kaltenegger in die Grazer Stadtregerung hat die KPÖ mehr als 4.000 SteirerInnen mit gut 650.000 Euro unterstützt. Der Wehmutstropfen: Durch die Verluste bei der Grazer Gemeinderatswahl ist der Sozialfonds nun weniger gefüllt. Schade!

Sprechstunde Murtal

Sprechstunde mit KPÖ-LABg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber.

Montag, 17. März 2008, in der Resti in Fohnsdorf, Josefiplatz 3, (KPÖ), von 10.00 bis 12.00 Uhr.

Voranmeldungen unter 0316/ 877 5101 03573/2166 oder 03512/822 40 erbeten.



KPÖ

UNTERNEHMEN	Jahreseinkommen der Spitzenmanager (brutto vor Steuern)
Erste Bank (Andreas Treichl)	3 Millionen Euro
OMV (Wolfgang Ruttensdorfer)	1,987 Millionen Euro
Raiffeisen International (Herbert Stepic)	1,5 Millionen Euro
Austrian Airlines (3 Vorstände)	681.800 Euro
ÖIAG (2 Superposten)	673.800 Euro
Verbund (9 Vorstände)	292.300 bis 673.200 Euro
ÖBB (15 Chefs)	322.500 bis 553.000 Euro
Post (4 Bereichsmanager)	481.000 Euro
Bundesforste (2 Vorstände)	317.100 Euro
Nationalbank (4 Manager)	278.800 Euro
Steweag/Steg	274.400 Euro

FRANZ KAIN

Ein Leben im Widerstand

Für Franz Kain standen Leben und Schreiben stets im Zeichen des Widerstandes.

In seiner Erzählung „Der Weg zum Ödensee“ rekonstruiert Franz Kain die Verhaftung von Ernst Kaltenbrunner durch antifaschistische Widerstandskämpfer. Kaltenbrunner war als Chef des Reichssicherheitshauptamtes einer der höchsten Funktionäre des NS-Regimes. In den Wirren des Zusammenbruchs kurz vor Ende des 2. Weltkriegs war er im Salzkammergut untergetaucht, um sich bei nächster Gelegenheit ins „sichere“ Ausland abzusetzen.

Anhand vorliegender Fakten entwirft der Autor Franz Kain auf zwei Erzählebenen eine biographische Skizze des in Österreich geborenen „Polizeihauptmanns des Führers.“ Der letzte Weg Ernst Kalten-

brunners auf die Wildenseetalalm am 7. Mai 1945 im Toten Gebirge endete schlussendlich mit seiner Hinrichtung beim Kriegsverbrecherprozess 1946 in Nürnberg.



Franz Kain (1922-1997) wurde 1941 wegen Flugblattaktionen als Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Nach dem Aufenthalt in zahlreichen Gefängnissen wurde er zur Strafdivision 999 über-

stellt. Es folgte der Einsatz in Afrika, in dessen Zuge er in Tunesien in US-amerikanische Gefangenschaft geriet, wo er bis 1946 verblieb. Von 1946 bis 1982 war Kain bei der KPÖ-Tageszeitung »Neue Zeit« in Linz beschäftigt. Für Franz Kain standen Leben und Schreiben stets im Zeichen des Widerstandes. Er ist Inhaber zahlreicher in- und ausländischer Ehrungen. So erhielt er z. B. 1994 den renommierten „Adalbert – Stifter – Preis.“ Seine zahlreichen Bücher sind im Verlag „Bibliothek der Provinz“ erschienen.

Der KPÖ-Bildungsverein veranstaltet am 13. März im Bildungszentrum der KPÖ eine szenische Lesung zu Franz Kain. Der Eintritt ist frei. (Nähere Infos siehe nebenan)

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und
Bestellung von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 22 59 31 – <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



VERANSTALTUNGEN



11.3.2008

Vortrag „Graz 1938 – Aus der Chronik eines Jahres“ zum 70. Jahrestages des „Anschlusses“ Referent: Dr. Gerhard Dienes. Beginn: 19.30 Uhr.

12.3.2008

Vortrag „Die Período especial in Kuba“. Referent: Dr. Carlos Tablada Perez. Beginn: 19.30 Uhr. In Kooperation mit dem Kulturverein Che.

13.3.2008

Szenische Lesung „Der Weg zum Ödensee“ von Franz Kain.

Programm:

-Film „Kain Denkmal“ von der Linzer Filmschaffenden Alenka Maly.

-Vortrag „Franz Kain. Ein Leben im Widerstand“. Referent: Dr. Wolfgang Quatember, Zeitgeschichte Museum Ebensee.

-Lesung mit Peter Raab und Alenka Maly sowie musikalischer Begleitung.

14.3.2008

„Der EU-Reformvertrag – was wirklich dahintersteckt“. Referent: Dr. Andreas Wehr. Beginn 19.30 Uhr.

28.3.2008

Veranstaltung „Noch sind nicht alle Märzten vorbei“ zum 160. Jahrestag der bürgerlichen Revolution von 1848

Beginn: 10 Uhr. Ende: 17 Uhr.

Mit Vorträgen von Prof. Wolfgang Häusler, Dr. Hans Zeger (Arge Daten) und Petra Ziegler (ATTAC).

Alle Veranstaltungen finden, wenn nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz statt.



Als Chef des Reichssicherheitshauptamtes befahl Ernst Kaltenbrunner die Ermordung zahlreicher Gefangener. (Foto: bigshot)

1938 – 2008: NIEMALS VERGESSEN

Nazis vergewaltigten Österreich

Graz 1938. Das Jahr des Anschlusses war geprägt von hysterischer Begeisterung auf der einen Seite, Angst und Verzweiflung auf der anderen. Mit Jahresende war die „Stadt der Volkserhebung“ „judenrein“.

VON GERHARD M. DIENES

Sieben Dezennien danach gleiche die Geschichte des Jahres 1938 – sagen einige – der einer ausgepressten Zitrone, also Schwamm drüber. „Das sind Dinge, da wolln ma net dran rührn, niemand erinnert sich gern daran ...“, sagt der „Herr Karl“.

Niemals vergessen, sagt man im Landesmuseum Joanneum und zeigt eine Ausstellung.

Das Jahr 1938 wird in einem Zeitraffer abgespult, beginnend mit dem frenetischen Jubel und der Euphorie, die die ersten Monate charakterisierten. Die Hakenkreuzfahne wehte schon vor dem „Anschluss“ an Nazi-Deutschland vom Rathaus, das „Volk erhob sich“. Die „betörte Jugend schrie... unaufhaltsam nach Hitler“, notierte der steirische Bischof, Stadt und Land glichen einem „Narrenhaus“.

Es gab aber nicht nur die oft sogar hysterische Begeisterung und den unverhüllten Triumph der Nationalsozialisten. Es gab auch die Angst, die Verzweiflung und die dumpfe Resignation gegenüber und das subversive Aufbäumen – Graz zählte eine der höchsten Raten an Widerständlern – gegen einen Staat, der die Werte umwertete, wie es Erich Kästner formuliert: „Ein Staat hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das dem

Menschen eingeborene Gewissen und Rechtsempfinden innerhalb der Landesgrenzen radikal auszurotten. ... Mörder regierten. Hehler waren Polizei. Lumpen sprachen Recht. Und das Gewissen saß auf der Anklagebank.“

Graz erlebte gigantische Inszenierungen – „The city itself was a sea of waving red flags ...“, titulierte die „New York Times“ –, tagtägliche Aufmärsche, einen nie zuvor gekannten Propagandaaufwand und wurde mit suggestiven Parolen überschwemmt, gemäß Adolf Hitlers Aussage: „Die Lüge ist eine willkommene Propagandawaffe.“

Hans Kloepfer, der vom Ständestaat geweihte „Dichter der steirischen Heimat“, mutierte zum glühenden Nationalsozialisten, sprach von einem gewaltigen Wogengang, „der das Volk von Graz auf die Höhe seiner Bestimmung“ führe, und für den ehemaligen Major a.D. und Historiker Robert Baravalle stand „Graz eine große Zukunft“ bevor; vehement wurde die Funktion der Stadt als Bollwerk hervorgehoben.

Was nicht systemkonform war, wurde suspendiert (Schaffung eines „sauberen, nationalsozialistisch ausgerichteten, dem Führer treu ergebenen Beamtenkörpers“), verhaftet, verfolgt, Sondergerichte (sofortige Aburteilung) wurden installiert.

Am 3. April kam Adolf Hitler, Aden ein Pastor als „Geschenk Gottes“ bezeichnete, in die „Stadt der Volkserhebung“,

der er, Traditionen und Identitäten negierend, eine großdeutsche (Groß-Graz) Fassung verpassen wollte.

Hitler besuchte das Zeughaus. Die vielen Rüstungen schienen ihm für die heutige Bevölkerung zu klein. Daraus schloss er, dass im Laufe der letzten Jahrhunderte die „Aufordnung fremden Blutes“ gerade in diesem Grenzraume in hohem Maße vor sich gegangen sei. Um diesen Rasseneffekt zu verstärken, verlegte er Elite-Truppen der Waffen-SS nach Graz, lautete doch sein Credo: „Die Blutvermischung und das dadurch bedingte Senken des Rassenniveaus ist die alleinige Ursache des Absterbens aller Kreaturen, denn die Menschen gehen nicht an verlorenen Kriegen zugrunde, sondern am Verlust jener Widerstandskraft, die nur dem reinen Blute zu Eigen ist. Was nicht gute Rasse ist auf dieser Welt, ist Spreu...“ – und aufgrund „seiner rassistischen Zusammensetzung ... ist und bleibt der Jude unser Feind...“

(SS-Blatt „Schwarzes Korps“).

In der propagandistisch als „Reichskristallnacht“ (9./11. November) bezeichneten Aktion wurden die Synagoge am Grieskai sowie die Zeremonienhalle auf dem jüdischen Friedhof in Wetzelsdorf zerstört. Der Boden für die nun forcierte wirtschaftliche und physische Vernichtung auch der steirischen Juden war aufbereitet. Die ersten Züge in Richtung Dachau setzten sich in Bewegung. Krieg, Tod und Vernichtung konnten von den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern nicht mehr aufgehalten werden.

„Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glaube und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wiedererstanden.“

Aus dem Aufruf der KPÖ vom 12. März 1938

Graz 1938: Faschistische Brandstifter setzen die Synagoge in Brand.



Eine sehenswerte Ausstellung bietet das Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes – auch im Internet: <http://www.doew.at/>

GRAZ 1938

Ausstellung:

Dienstag und Mittwoch 14 -18 Uhr, Freitag 10 - 14 Uhr.

Büro der Erinnerungen:

Neutorgasse 45, 8010 Graz noch bis 11. April

Allerhand

aus Stadt und Land

Höherer Gaspreis in Leoben

Wenigstens um einen Aufschub in Sachen höhere Gaspreise in Leoben kämpfte KPÖ-Gemeinderat Karl Mlinar. Er forderte im Gemeinderat, die Erhöhung zumindest bis in die heizfreie Jahreszeit auszusetzen. „Die massiven Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten, die Teuerung am Gesundheitssektor treffen immer mehr Menschen eklatant“, meint er.

Sprechstundenzeiten in Voitsberg

In Voitsberg findet die nächste Sprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Diplom-Sozialarbeiterin Karin Gruber am 7. März von 10 bis 12 Uhr im Büro in der Conrad-v.-Hötendorfstr. 29 statt. Das Büro ist jeden Mittwoch von 18 bis 20 Uhr besetzt.

Gegen Belastungen

In Judenburg wurde der Tagssatz für das Altenheim um 45 Euro pro Monat angehoben. Dazu zahlen die JudenburgerInnen mehr für das Wasser und für den Kanal. KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer stimmte der Erhöhung nicht zu.

Militärische Geheimhaltung

Die Zeichen, dass sich Zeltweg zum Luftwaffenstützpunkt der Euro-Armee entwickelt, mehren sich: Nach der Eurofighter-Stationierung wird auf Kosten der Neutralität und der Republik groß ausgebaut. Nicht einmal ein Militärfotograf darf am Gelände Pressefotos machen, die „Flugschau“ darf auch nicht mehr am Gelände stattfinden. Allerdings finden jetzt Trainingsflüge mit Verkehrsmaschinen statt – eine Nutzung, die dem „Projekt Spielberg“ verwehrt wurde.

ZVP
Zentralverband
der Pensionisten

SPRECHTAGE

Mo. bis Fr. von
10 bis 14 Uhr
Lagergasse 98a, Graz
☎ 0316/71 24 80
Vor Anmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

REISE:

Insel Rab
9. bis 14. Juni 2008
6-Tages-Fahrt
mit Halbpension
€ 235,00
im Doppelzimmer
Anmeldungen unter der
Tel. Nr. 0316/712480

newsletter



Bitte anfordern unter
www.kpoe-steiermark.at oder
E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Steirische Volksstimme

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: volksstimme@kpoe-steiermark.at
DVR: 0600008

Offenlegung laut Mediengesetz:
Laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei, Gründungspartei der Republik Österreich.
Laut §25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ Steiermark.

Mürzzuschlag

KPÖ



Mürzzuschlag

Sprechstunde

mit KPÖ-Labg.

Dr. Werner Murgg

Freitag, den 14. März
2007, 11.00 Uhr,

Im Heim der KPÖ Mürzzuschlag,
Wienerstraße 148
(nähe Orthuber)

Voranmeldung erforderlich!

Tel. 0650/27 10 550
oder 03852/24 53



BEZ. VOITSBERG

KPÖ



VOITSBERG

SPRECHSTUNDE

mit KPÖ-Labg.

Claudia Klimt-Weithaler
und DSA Karin Gruber

Fr. 7. März 2008

10.00 bis 12.00 Uhr,
KPÖ-Bezirksheim Voitsberg,
C.-v.-Hötendorfstraße 29,

Tel. 03142 / 22421 oder
0316 / 877 51 01

ARBEIT GESUCHT

Maschinenschlosser (47) sucht Arbeit im Bereich Industrie als Instandhalter oder Maschinenwart in Weiz, Gleisdorf oder Graz-Ost. Keine Leiharbeit. Tel. (03178) 37 58

COACH GESUCHT

Wir suchen für unseren Wiener Standort eine qualifizierte Fachkraft als Coach mit Leitungsfunktion (30h). Vorausgesetzt wird eine Coachingausbildung u/o LSB., Erfahrungen in der Teamleitung und im Umgang mit Menschen mit Behinderung sowie in der Umsetzung von Projekten sind von Vorteil. Voraussichtlicher Dienstbeginn: 1.4.2008. Bei entsprechender Qualifikation werden BewerberInnen mit Behinderung bevorzugt. Schriftliche Bewerbungen an: Österreichischer Zivil-Invalidenverband, ÖZIV SUPPORT z.H. Reinhard Leitner Humboldtplatz 6/4, 1100 Wien oder reinhard.leitner@oeziv.org

Lehrling gesucht

Wir suchen ab Juli 2008 einen Lehrling für eine dreijährige Ausbildung zur Bürokauffrau/zum Bürokaufmann. Nähere Infos zum Tätigkeitsfeld finden Sie unter 3/4 qualizent. Bewerbung bis spätestens 18. April an: equalizent Schulungs- und beratungs GmbH, Obere Augartenstraße 20, 1020 Wien, z., H. Stefanie Miksanek, s. Bewerbung.



zu verkaufen: naked bike:

Kawasaki Zephyr 750 (ZR750C), Erstzulassung 1999, 76 PS, ca 25.000 km, Topzustand! Motorschutzbügel, Givi Kofferhalter; neue Batterie, komplettes Service 07; 2200 Tel. 0664 / 92 41 767.

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Private Paketzustellung

Die Zustellung von Paketen durch die private Zustellfirma Hermes erfolgt nicht kundenfreundlich und sicher, sondern so, dass sich das Paket irgendwo im Stiegenhaus – auf dem Postkasten oder vor der Haustüre im Straßenbereich abgelegt – vorfindet. Das habe ich persönlich für mich erfahren müssen.

Was ich nicht verstehe, ist, dass ich es mir als Kunde, der den Versand so oder so bezahlen muss, nicht bei der Bestellabgabe selbst aussuchen kann, mit welchem Zustellservice ich die Sendung erhalten will.

Es ist für mich schleierhaft, wie große Versandhäuser das von mir beschriebene Risiko eingehen und bei der Zustellung dem Zufall vertrauen. Ich zahle ohnehin den vollen Preis des Versandes. Deshalb möchte ich die Ware auch so geliefert bekommen, dass ich sie sicher bekomme.

Hubert Reiter, Graz

Pflegeheimtourismus?

Zum Artikel in der Volksstimme vom 5. Dezember „Pfleger-Armutsfalle für Familien“.

Mein Vater ist seit 1999 in Burgenland gemeldet. Als Selbstständiger hat er 50 Jahre dieses Sozialsystem mit finanziert. Jetzt musste er ins Pflegeheim. Doch: Es ist weder möglich, sich das Pflegeheim seiner Wahl auszusuchen (lt. Aussage der BH Neusiedl würde da ja ein Pflegeheimtourismus entstehen – wörtlich) noch ist die Unterbringung in einem anderen Bundesland gestattet. Ich muss 327 km von der Steiermark – Liezen – fahren, kann das natürlich maximal einmal im Monat bewältigen und zahle obendrein 267,- Euro an die

Sozialhilfe, da auch die Pension meiner Eltern das Pflegeheim nicht deckt.

Den Behörden ist es völlig gleichgültig, ob Sie selbst eine Lebensversicherung oder Pensionsversicherung oder andere Vorsorgemodelle für die eigene Altersversorgung getroffen haben, wenn Sie diese nicht mehr bezahlen können, stornieren Sie halt, es ist ja gleichgültig was mit Ihnen im Alter passiert!

Monika Kren, Liezen

8.März - Internationaler Frauentag

Vor fast hundert Jahren wurde der Internationale Frauentag gegründet. Vieles haben die Frauen schon erreicht, aber noch lange nicht genug. Von Gleichberechtigung kann bei Weitem noch keine Rede sein. Hier müssen

noch viele Maßnahmen getroffen werden, wenn Frauen etwas erreichen wollen. Der Internationale Frauentag ist kein Feiertag, sondern ein Kampftag für viele Forderungen, die noch erkämpft werden müssen. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für mehr Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Berufssparten. Es ist noch schwer für Frauen, den Einstieg in Männerdomänen zu erreichen. Freilich sind die Forderungen, die Frauen stellen, noch immer die Gleichen wie damals.

Da uns Frauen aber nichts geschenkt wird, müssen wir weiter für alle Verbesserungen kämpfen. Wir brauchen Frauen in der Regierung, die uns verstehen und sich für unsere Forderungen einsetzen. Wir brauchen Frauen in der Regierung, die nach den Wahlen halten, was sie vor den Wahlen versprochen haben. Leere Versprechungen und Lügen haben wir schon zu oft gehört. Wir haben unter anderem noch viel zu wenig Ansprechstellen für Frauen in Not.

Milli Trub, BDF-Bund
Demokratischer Frauen

KURZ NOTIERT

1 Million Euro

Eine Million Euro macht Wirtschaftslandesrat Buchmann locker, damit 50 steirische Betriebe „sichtbarer“ werden; etwa durch Betriebsführungen oder für die Präsentation der Leistungen und Mitarbeiter. Eine Werbe-Sondersubvention für jene, die ohnehin genug haben.

Job-Abbau

Hunderte Industrie-Arbeitsplätze gingen in den letzten Monaten verloren: Bei Magna in Graz, bei AT&S in Leoben oder auch bei Sappi in Bruck (Stilllegung einer Papiermaschine). Weil aber vorwiegend Leiharbeiter betroffen sind, wird nicht viel Wind darum gemacht.

Teure Bildung

Die Studiengebühren wurden bekanntlich nicht abgeschafft. Dafür wurde vom Land für die Ablegung der Berufsreifeprüfung (Matura für Lehrlinge) eine Gebühr von über 2.000 Euro eingeführt.

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

1-2 oder 3 Wochen möglich!

vom 06. Juli bis 24. August

Auskunft und Anmeldung:

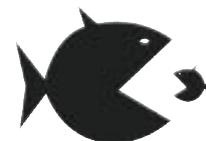
kinderland Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

Nicht in unserem Namen!



Eine Menschenkette rund um das Parlament soll die Abgeordneten an ihre persönliche Verantwortung erinnern.

Voraussichtlich am 9. April wollen SPÖ, ÖVP und Grüne den so genannten EU-„Reformvertrag“ im Nationalrat beschließen. Eine Volksabstimmung soll, geht es nach dem Willen des EU-Establishments, unter allen Umständen verhindert werden, so auch in Österreich.

Gemäß Art. 44 Abs. 3 B-VG kann jedoch ein Drittel der Mitglieder des National- oder des Bundesrats die Durchführung einer Volksabstimmung mit seinem Stimmverhalten erzwingen. Wir erinnern alle Abgeordneten an ihre persönliche Verantwortung und fordern sie auf, eine Volksabstimmung zu ermöglichen. Wir rufen zur Organisierung von „Volksabstimmungen von unten“ auf:

in Gemeinden, in Betrieben, Schulen, Stadtteilen usw.

Die Plattform Volksabstimmung, der bereits 47 Organisationen angehören, konzentriert sich auf die Durchsetzung einer Volksabstimmung.

Es gibt umfassende Kritik am vorliegenden Vertrag:

1. an der Verpflichtung zur permanenten Aufrüstung, an der Selbstermächtigung zu globalen Militärinterventionen und der damit verbundenen Beugung der Neutralität.

2. an der Verankerung einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.

3. am nicht vorhandenen Schutz der öffentlichen Dienste vor Liberalisierung und Privatisierung.

4. an der Verpflichtung zur finanziellen Förderung der Atomenergie.

5. an der Förderung des Steuer- und Sozialdumpings.

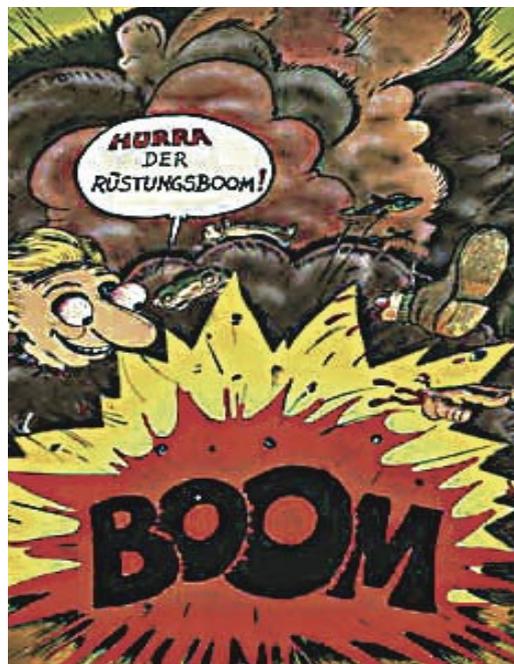
6. an der Übertragung großer Entscheidungsmacht an demokratisch nicht mehr kontrollierbare Instanzen (Kommission, Rat, EZB, Rüstungsagentur, Ratspräsident, Hoher Beauftragter für Außenpolitik).

Die Beschlussfassung des EU-Reformvertrages im Parlament ohne Durchführung einer Volksabstimmung in Österreich erfolgt nicht in unserem Namen!

Menschenkette ums Parlament

Deshalb bilden wir am Samstag, dem 5. April 2008, um 15 Uhr eine Menschenkette rund um das Parlament in Wien.

Die Plattform für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag wird von über 40 demokratischen Organisationen unterstützt: www.volxabstimmung.at



Laut Reformvertrag besteht eine Verpflichtung zur Aufrüstung. (Cartoon: Karl Berger)

Lange Wartezeiten im LKH: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Umfrage zum Spitalswesen:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Müssen wir uns mit langen Wartezeiten für Untersuchungen und Operationen am LKH abfinden?

(Bitte ankreuzen)

- 1.) Die derzeitige Situation ist zufriedenstellend.
- 2.) Sparen bei den Spitälern ist angesagt. Es gibt zu viele Betten.
- 3.) Die Spitäler brauchen mehr Geld für ein besseres Angebot und kürzere Wartezeiten.

Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der steirischen KPÖ.

Name: _____

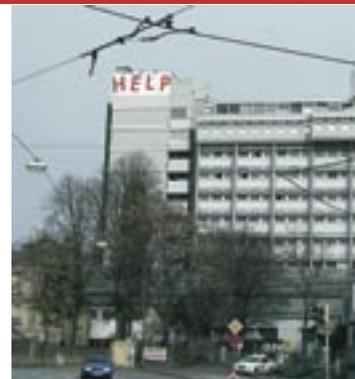
Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) _____



An die **Steirische Volksstimme**
 c/o KPÖ - Ernest Kaltenegger
 Landhaus, Herrngasse 16
 8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



Für Spitalslandesrat Helmut Hirt (SPÖ) ist in den Landeskrankenhäusern alles in Ordnung; trotz der Hilferufe von der Grazer Chirurgie (Bild). Obwohl Patienten wochenlang auf Untersuchungen oder Operationstermine warten müssen, die dann zu oft noch abgesagt werden, weil ein Akutproblem vorgereicht wird, wird beim Gesundheitswesen gespart. Überall werden Betten abgebaut, aber die (teure) Spitalsleitung von zwei auf drei Personen erweitert!